

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 30 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
1.10 Wk., auswärts 1.30 Wk. Anzeigen unter Text
2.50 Wk., auswärts 3.00 Wk. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 Wk.
Stellenangebote, Verträge, Verkauftungen und Wohnungsanzeigen 0.25 Wk.
kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Wk., bis Seite 1.00 Wk. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist
durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch
die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, und durch
alle Auszubereiter zu beziehen. Wochentag 1.50 Wk., monatlich 4.50 Wk.,
vierteljährlich 13.50 Wk. (einschließlich Postgebühren), durch die Post be-
zogen vierteljährlich 15.00 Wk. :: :: ::

Arbeiter-Einheitsfront ohne Kommunisten!

Ein vernünftiger Polizeierlaß Severings gegen den Wucher.

Der preussische Minister des Innern Severing hat an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin einen Erlass gerichtet, in dem er es als Pflicht der Polizei bezeichnet, der weiteren wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung entgegenzutreten. Der Erlass regelt die Art, in der die Beamten der Schutzpolizei zur Wucherbekämpfung herangezogen werden können. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu bedenklichen Anlässen geben, sind die Ermittlungen nicht nur gegen die Händler, sondern auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu erstrecken. Bei diesen Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinns zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen. Die Wucherbekämpfung soll auch in den Kleinstädten und auf dem Lande durchgeführt werden. Andererseits ist allen Arten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzubeugen und gegebenenfalls allen Forderungen von Geschäften schnell mit Nachdruck entgegenzutreten.

Sozialistische Einheitsfront gegen Wucher und Steuerunrecht

S. P. D., U. S. P. und Gewerkschaften
ohne Kommunisten.

Am Mittwoch vormittags traten auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Parteivorsitzenden der SPD. und der USP. im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen, um die Steuerfragen, die Forderung und ähnliche Probleme zu erörtern. Auch der Afd. und der USP. waren vertreten. Einige Kommunisten erschienen als Angehörige von den Unabhängigen eingeladen. Unsere Genossen traten keinen Zweifel darüber, daß sie sich von einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, wie diese sich einstweilen gebärden, nicht versprechen könnten. Die Unabhängigen traten zwar für die Zulassung der Kommunisten ein, traten jedoch damit bei den Gewerkschaftlern nicht auf Gegenliebe. Auch die Delegation der Betriebsräte, die unter dem Protektorat der Kommunisten sich seit Dienstag im Reichstagsgebäude tagen, wurde, und zwar einstimmig, nicht zu der Sitzung zugelassen. Beide Parteien sind aber selbstverständlich bereit, einzeln mit der Delegation der Betriebsräte zu verhandeln. Wie zweckmäßig es war, die Sitzung auf die freigewerkschaftlichen Organisationen und die beiden sozialdemokratischen Parteien zu beschränken, zeigte der Verlauf der Verhandlungen deutlich. Es wurde sachlich und kameradschaftlich verhandelt und man kam zu einer weitgehenden Einigung, ein Ergebnis, das mit den Wünschen der Kommunisten natürlich nicht zu erzielen gewesen wäre. Zu dem von den Gewerkschaften aufgestellten Aktionsprogramm gegen die Forderung und zur Lösung der Steuerfragen konnte Genosse Hermann Müller erklären, daß wir mit diesem Programm ganz und gar einverstanden seien, denn wir hätten es schon bei der jüngsten Regierungsbildung als unsere Forderungen aufgestellt. Insbesondere sei die Erfassung der Sachwerte unsere Forderung. Auch habe ich die Sozialdemokratie bereits bei dem Reichsfinanzminister für die schnellere Einziehung der fälligen Einkommensteuer eingeleitet, und zwar so, daß die Einkommensteuerpflichtigen entsprechend ihrer Steuerbelastung sofort zu zahlen hätten und die endgültige Berechnung später erfolge. Bezüglich der Bekämpfung der Spekulationsgewinne und der Bekämpfung der schweren Mißbräuche im Devisenhandel ergab sich Übereinstimmung mit der USP. Hinsichtlich unserer Stellung zum Steuerprogramm, insbesondere auch zu den Verbrauchssteuern befindet sich die Sozialdemokratie, wie Hermann Müller ausführte, in Übereinstimmung mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern, und Angestelltenvertretern im Reichswirtschaftsrat. Die Gewerkschaften haben übrigens schon im August erklärt, daß sie, wenn dadurch die Geldentwertung aufgehalten werden kann, Verbrauchssteuern zustimmen würden, selbstverständlich immer unter der Voraussetzung, daß genügende Bekämpfungen durchgeführt werden.

Man konnte von den Vertretern der Unabhängigen nicht erwarten, daß sie schon in dieser Sitzung bindende Erklärungen über ihre endgültige Stellungnahme zu den Verbrauchssteuern und Zöllen abgeben würden. Die ganze Haltung der Vertreter zeigte aber, daß sie geneigt sind, diese taktische Frage mit einiger Sachlichkeit zu prüfen. Die Verhandlungen zeigten jedenfalls, daß zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien eine grundsätzliche Verschiedenheit in der Auffassung der gegenwärtigen Lage nicht besteht. Man darf also hoffen, daß die Einigung der Unabhängigen unter der Führung Rosenfelds am vergangenen Sonntag in der Justizdebatte nur eine einmalige Entgleisung war. Die Unabhängigen werden aus der Rede Müllers noch einmal die ganze Erkenntnis der gespannten Lage geschöpft haben. Unser Parteivorstand wies nämlich darauf hin, daß der Reichsfiskus sicher weit mit den Gewerkschaften gehen werde. Er wozte es aber schwer haben, sich in der Zentrumsfraktion gegen den Industriestempel der Hompel, Müller usw. durchzusetzen. Die Auflösung des Reichstages während der Steuerkämpfe, die eine Einigung unter dem gegenwärtigen Ministerium form

Ende des Hungerstreiks.

Der Hungerstreik in Lichtenburg und Torgau kann als beendet betrachtet werden. Am Dienstag freilassen in Lichtenburg nur noch 4 Gefangene, auch in Torgau verweigerten nur noch 6 Gefangene die Einnahme von Nahrungsmitteln. Am Mittwoch vormittag war eine Delegation der hiesigen Arbeiterkammer beim Reichsjustizminister und forderte unter Androhung des sofortigen Generalstreikes eine allgemeine Amnestie. Kadbruch erklärte auch diesen Radikalen, daß er, wie bereits mitgeteilt, bereit ist, innerhalb 10 Tagen die Urteile nachzuprüfen, keineswegs aber in der Lage ist, für eine allgemeine Amnestie einzutreten. Am Donnerstag wird der Justizminister über die Richtlinien einer neuen Begnadigungsaktion der Deffenlichkeit Mitteilung machen.

Keine Gemeinschaft mit den Kommunisten.

Die provisorische Körperschaft, die am Dienstag im Auftrage des kommunistischen Zentralvorstandes aus Vertretern der zum Reichsjustizminister geschickten Delegation gebildet wurde, hatte die Betriebsräte Groß-Berlins für Mittwoch nachmittag zu einer Versammlung in den Sophienböden aufgeföhrt. Schon bevor diese Versammlung eröffnet wurde, war der Saal von Kommunisten, die mit einem Betriebsrat nichts zu tun haben, überfüllt, wie überhaupt die Mehrzahl der Anwesenden nicht im Besitze eines Betriebsratsmandates war. Am Vorstandstisch saß der gesamte kommunistische Zentralvorstand auch verschiedene Größen der Unabhängigen waren anwesend. Nach Eröffnung verlangte ein Beauftragter der SPD-Betriebsräte Groß-Berlins das Wort zur Verlesung der nachstehenden Erklärung, die er jedoch nur bis zum zweiten Absatz bekanntgeben konnte, da er von Kommunisten umringt und mit den übelsten Schimpfwörtern bedeckt wurde:

Die Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins ist Sache der von der Berliner Arbeiterkammer gewählten freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale.

Die SPD-Betriebsräte Berlins lehnen es daher ab, an einer Konferenz teilzunehmen, die von der kommunistischen Partei einberufen wurde.

Eine Partei, die die Befolgung, Entfaltung und Erziehung von Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten in Deutschland gutheißt, hat kein Recht, gegen viel menschlichere deutsche Justizmaßnahmen zu protestieren.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins fühlen tiefstes Mitleid mit den Opfern kommunistischer Putsch. Wie bisher, so werden sie auch in Zukunft bei ihren parlamentarischen Vertretern und ihren Genossen in der Regierung dafür eintreten, daß den Bedauernswerten Gerechtigkeit widerfährt.

Die SPD-Betriebsräte Groß-Berlins richten die dringende Aufforderung an die Berliner Arbeiterkammer, ihr menschliches Mitleid mit den politischen Gefangenen nicht mißbrauchen zu lassen von kommunistischen Demagogen, die ohne Skrupel morgen wieder Tausende deutsche Arbeiter in den Tod oder die Kerker schicken würden, um mit ihren Leichen und ihrem Elend niedrigste Parteizielsetzung zu treiben.

Nachdem der Vertreter der SPD-Betriebsräte unterbrochen worden war, forderte er die Kollegen auf, den Saal zu verlassen. Die SPD-Vertrauensleute verließen hierauf demonstrativ unter dem Gejohle der Kommunisten die Versammlung.

Die Valuta.

Berlin, 23. November. Trotz der rückläufigen Bewegung des Marktkurses an den gestrigen ausländischen Börsen setzten heute die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel in Berlin unter den gestrigen amtlichen Kursen ein. Es wurden folgende amtlichen Kurse notiert: Kabel Newyork 278%, London 112, Holland 98.50.

Der Weg zur besseren Ueberzeugung.

München, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts des allgemeinen Mißtrauens, das im Verhältnis des Auslandes zu Deutschland immer wieder zutage tritt und für beide Teile so schädlich ist, haben sich die deutschen Gewerkschaften durch eine neue Initiative ein weites Verdienst erworben. Wie schon vom „Telegraph“ gemeldet wurde, haben die deutschen Arbeitervertreter auf der internationalen Arbeiterkonferenz in Genf eine aus Mitgliedern dieser Konferenz und aus Vertretern der verschiedensten Ländern zusammengesetzte Reisegesellschaft zu einer Tour nach Deutschland eingeladen, die Montag Abend in München angekommen ist. Hier wurden Montag und Dienstag unter Führung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Genossen Wiffell eine Reihe von Privatbetrieben in München und Dachau, darunter auch vor allem die Deutschen Werke, besichtigt. Die Mitglieder der Reisegesellschaft, unter denen sich Vertreter der Regierungen aller Länder und Verbände von Wirtschaftsorganisationen, sowie Vertreter der Presse, unter anderen Souhauz, Frankreich und Mitglieder des Völkerbundrates und führende Militärs der alliierten Länder befanden, waren sämtlich zu der Arbeiterkonferenz in Genf geladen. Sie zeigten ein lebhaftes Interesse an den wichtigen Betrieben und an den darin vorgenommenen Veränderungen infolge des Versailler Friedensvertrages.

Die neue belgische Kammer

wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: 62 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale, vier Mitglieder der Frontpartei, ein Vertreter der Partei der Kriegsveteranen.

Der Berliner Bürgerklub.

In der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung wurden 20 Stadtvorordnetenwahlberechtigte (deutschfunktionell),

Frankreich bleibt gerüstet.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Frage der Landabrüstung ist in Washington in eine Kommission verwiesen worden, in der sie wohl bis zum Schluß der Konferenz bleiben wird. Ein wirksamer Beschluß der Konferenz zur Herabminderung der Rüstungen auf dem europäischen Kontinent gehörte von vornherein zu den unwahrscheinlichsten Dingen. Die große Frage dieser Konferenz ist der Stille Ozean und China. Der französische Einfluß in dieser Frage ist zwar nicht groß, aber immer noch bedeutend genug, daß man um seinetwillen Frankreich gestattet, soviet Soldaten und Kanonen zu haben, wie es überhaupt haben will.

Die ganze Angelegenheit war nicht viel mehr, als eine Gelegenheit für Briand, eine schöne Rede zu halten. Briand hat dafür in Washington viel Artigkeiten gelernt, und der größte Teil der Pariser Presse ist sehr erfreut über diesen Erfolg. Das übrige wird als selbstverständlich behandelt, denn wenn Briand von Washington nach Hause gekommen wäre mit dem Auftrag, das französische Heer zu verringern, so hätte er das als Ministerpräsident nicht überlebt. Diese Gefahr war jedoch wohl in keinem Augenblick vorhanden.

Der deutsche Geschäftsträger in Washington hat nach Briands Rede erklärt, er sei fest davon überzeugt, daß Deutschland bereit sei, hinsichtlich seiner Abrüstung neue Garantien in jeder möglichen Form zu bieten. Das war eine geschickte diplomatische Geste, aber ein unmittelbarer Erfolg ist nicht zu erwarten. Welche Garantien hätte auch Deutschland hinsichtlich seiner Abrüstung noch zu geben, nachdem sich die Entente alle Garantien selber genommen hat? Ihre militärische Kontrollkommission untersucht jede Schaufel, die in Deutschland gemacht wird mit argwöhnischen Blicken darauf, ob man nicht mit ihr Schützengräben ausheben könnte. Alle Winkel und Düngruben werden durchstöbert, um zu erkunden, ob nicht militärische Wägen dort Waffen und Munition versteckt haben. Briands Rede ist ja selbst der beste Beweis dafür, daß die Abrüstung Deutschlands bis zum äußersten durchgeführt ist, denn auch er kann sich eigentlich auf nichts anderes berufen, als auf die sieben Millionen Männer, die früher Soldaten gewesen sind, und auf die unsinnigen Schreibereien, die von alldeutschen Generalen geübt werden. Das neue Buch Ludendorff hat der französische Ministerpräsident seitenslang um zu beweisen, daß Frankreich keinen Mann u Maschinengewehr zu viel habe. Das ist der erste und vollständigste Erfolg dieses Buches, und voraussichtlich sein einziger.

Es gibt auch in Frankreich kaum einen vernünftigen Menschen, der an eine militärische Erhebung Deutschlands in absehbarer Zeit glaubt. Ist aber eine solche Erhebung ausgeschlossen, weil die militärische Unterlegenheit des entwaffneten und diplomatisch isolierten Deutschland evident ist, dann ist es vollkommen gleichgültig, ob sich da und dort ein paar militärische Geheimbünde zusammenschließen, ob da oder dort ein paar Risten Munition versteckt sind und ob die alldeutschen Generale ein paar dumme Bücher mehr oder weniger schreiben. Ehe überhaupt ein Mensch vernünftiger Weise an die Möglichkeit einer militärischen Erhebung Deutschlands denken könnte, müßten politische Umwälzungen eintreten, die früher als in Jahrzehnten kaum zu erwarten sind. Dann aber wird es vollkommen gleichgültig sein, wieviel Soldaten und wieviel Waffen im Jahre 1921 in Deutschland und in Frankreich vorhanden gewesen sind, denn diese Soldaten werden dann längst gestorben und die Waffen werden längst altes Eisen sein.

Die Frage, ob es jemals wieder zwischen Deutschland und Frankreich Krieg geben wird, ist also auf keinen Fall eine Frage der nächsten Jahre, und die jetzt lebende Generation wird sie nicht entscheiden. Wenigstens nicht direkt. Wohl aber können Fehler der gegenwärtigen Generation anheißvoll bestimmend in die Entschlüsse der künftigen mit hinein wirken. Und da muß offen gesagt werden, daß die Schuld, mit der sich Frankreich belastet unvermeidlich größer ist, als jene, die selbst die albernsten unserer Revancheschreier auf sich laden. Die Politik des französischen nationalen Bloks tut alles, um den Völkerverhaß nicht einschlefen zu lassen. Sie ist genau so feindlich und egoistisch, wie die Politik des deutschen Bloks.

Von vornämiger Politik regiert wird, sondern vom Geist des Militarismus befallen ist. Der Friedensvertrag von Versailles enthält als ersten Abschnitt jene Sanktionen über den Völkerbund, die die allgemeine Abrüstung zum Grundgesetz erheben. Die Väter dieses Vertrages hätten es im Frühjahr 1919 als freies Verhängnis ihrer edlen und erleuchteten Absichten hingestellt, wenn irgend jemand daran zu zweifeln gewagt hätte, daß Deutschlands vollkommene Abrüstung nur zu dem einzigen Zweck gefordert werde, die allgemeine Abrüstung zu ermöglichen. Die Sanktionen des Völkerbundes hat der Präsident Wilson gemeinsam mit ähnlich gerichteten Geistern festgelegt. Der übrige Teil des Vertrages und seine Ausführung ist aber von den Militaristen bestimmt worden. Und so wurde die Welt abermals grenzenlos betrogen. Haben unsere alldeutschen Generale den Franzosen die Scheingründe für die Aufrechterhaltung der französischen Rüstung geliefert, so geben die französischen Militaristen ihren Gefinnungsgenossen in allen Ländern viel bessere Gründe an die Hand, um darzutun, daß alles Gerede von dauerndem Frieden und allgemeiner Abrüstung nur Schwindel sei, und daß das mordende Eijen immer regieren werde.

Große Debatten, aber keine Beschlüsse in Washington.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der Abrüstungskonferenz in Washington, in dem lediglich die fünf großen Mächte vertreten sind, hat sich gestern mit der Frage der Gesamtgründe und Zweckbestimmungen beschäftigt. In der Vorkonferenzkommission hielt Briand eine neue Rede, um die Neutralität der Völker in Europa zu sichern. Da der französische Ministerpräsident heute abends, bevor er Frankreichs Standpunkt auch noch einmal in den anderen Konferenztagen zu verdeutlichen, daß Frankreich geneigt ist, China zu helfen, ohne dadurch die japanischen Interessen zu verletzen. In der letzten Sitzung erklärte er, daß zur Sicherung des Ostasiengebietes einer großen Kontrolle, die sich zum Teil aus überseeischen Ländern rekrutiert, die Erhaltung einer starken Marine notwendig sei. Doch verneinte er, daß die französische Regierung für die nächsten Jahre keine Absichten auf Vergrößerung der Marinebesätze habe.

Diese Ausführungen riefen eine lebhafte Debatte hervor. Eine Entscheidung konnte nicht erzielt werden. Auf Verlangen Briands wurde schließlich eine Untersuchungskommission aus Sachverständigen ernannt, die sich mit den Einzelheiten der Abrüstungsbedingungen zu Sachverständigen soll.

Deutsche Arbeiter für Nordfrankreich gewünscht.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der Abrüstungskonferenz der verarmten Gebiete Nordfrankreichs, der eifrig für die Abrüstung Deutschlands beim Vorkonferenz eintritt, wurde gestern von dem französischen Wehrdienstminister Doumer empfangen. Die Delegation teilte dem Minister mit, daß die große Mehrheit der Bewohner sich für die Besetzung deutscher Arbeiter ausgesprochen habe. Der französische Wehrdienstminister antwortete, daß ein Beschäftigung nach Besetzung einer ausländischen Abrüstung gewünscht werden könne. Der Präsident des Kommissariats sei angewiesen, die Bevölkerung über das Problem einer Abrüstung einzulären.

Französische Legenden von Sinnes als geheimen Leiter der deutschen Politik.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Derselben französischen Blätter, die kürzlich behauptet haben, Sinnes sei nach London gereist, um Kohlenrunden gegen Kohlen zu kaufen, geben jetzt für die Reihe folgende Gründe an: Sinnes will in London eine Finanzkombination gründen, die Deutschland mit Hilfe englischer Banken den notwendigen Kredit verschafft. Eine ähnliche Aktion soll Herr Bergmann in Amerika betreiben. jedoch sollen hier die Verhandlungen für Deutschland eines schlechten Erfolgs nicht haben. Wenn die Verhandlungen erfolgreich sind, würde der Reichstag aufgelöst und Reichswahlen ausgeschrieben werden.

Diese Auslegung der französischen Presse erweist den Eindruck als wenn Herr Sinnes doch geheimer Staatsminister der Regierung sei. Das ist nicht der Fall. Sinnes ist lediglich ein gewöhnlicher Mann nach London gereist und hat mit der Regierung keine eingeleiteten Verhandlungen, die des geringsten zu tun. Sinnes ist ein gewöhnlicher Mann nach London gereist und hat mit der Regierung keine eingeleiteten Verhandlungen, die des geringsten zu tun. Sinnes ist ein gewöhnlicher Mann nach London gereist und hat mit der Regierung keine eingeleiteten Verhandlungen, die des geringsten zu tun.

gemeines Gutachten der Eisenbahnen, jedoch dazu Eigentümern der Eisenbahnen, die augenblicklich beraten werden, herbeigerufen werden.

Die französische Regierung hat dem amerikanischen Staatsdepartement, wie jetzt bekannt wird, versichert, daß Frankreich keinerlei Absichten auf das Rheinland habe. Es wünsche keineswegs eine Zerstückung Deutschlands.

Jouhaux über das Wirtschaftsproblem der Welt.

Die Beratungen der internationalen Arbeitskonferenz, die am Freitag zur Annahme der Entlastung der Arbeitervölker und der Arbeitslosigkeit geführt haben, haben sich in bedeutenden Reden in der Morgen- und Abendkammer zu einer Debatte über die allgemeine Wirtschaftsfrage und die Weltwirtschaftsfrage entwickelt. In erster Linie wies der französische Arbeitervertreter Jouhaux auf die inneren Zusammenhänge zwischen der Arbeitslosigkeit und der Weltwirtschaft hin und empfahl auf nachdrücklichste eine Kredithilfe für die verarmten Länder. Die Stabilisierung der Wälua sei gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Die Lage sei ebenso gefährlich für die verarmten wie für die reicheren Staaten. Jouhaux machte die infolge der schweren Wälua gegenwärtig industriell sehr stillen Länder darauf aufmerksam, daß ihre industrielle Vorstellung eine nur vorübergehende Erscheinung sei und zum Bankrott führen müsse, wenn nicht an eine Gesundung der gegenwärtigen Weltwirtschaft gedacht würde. Jouhaux, wie andere Delegierte, trauen der Legende von der Überproduktion der Welt entgegen. Es handle sich nicht um Überproduktion, sondern um die geschäzte Kaufkraft der Wälua. Das Problem stamme daher nur international gelöst werden.

Es sei im Grunde ein Finanzproblem und das Heilmittel sei eine internationale Kreditorganisation. Es gebe gegenwärtig Länder, die im Goldreichtum, wie andere in Armut herben. Dieser Zustand liege im Widerspruch zu den Grundgesetzen der Völkergerechtigkeit, die am Ausgang des Krieges anerkannt wurde. Der Goldreichtum in der Welt müsse wieder hergestellt werden. Jouhaux richtete einen dringenden Appell an Amerika, dessen Arbeitslosenstand besorgte, daß auch der größte Goldreichtum wirtschaftlichen Stillstand nicht verhindern könne. Amerika müsse den verarmten Völkern schneller Hilfe bringen. Jouhaux trat einer internationalen Konferenz zum Studium der Arbeitslosigkeit und zur Wiederherstellung des normalen Wirtschaftsebens in der Welt für sehr ausdrücklich auf die Beteiligung Amerikas an, wie andererseits auch ein einmütiges Bescheiden der Konferenz, um die Wälua auszugleichen, daß die Verarmten Staaten durch ihre künftige Teilnahme an der Arbeitsorganisation den Wirtschaftfrieden in der Welt sichern könnten.

Der bekannte Sozialistenführer Hundmann ist im Alter von 79 Jahren einer Erkrankung, die er sich im Verlauf einer Veranlassung zugezogen hatte, erlegen.

Seine Witwe hat dem Kaiser eine große Summe Geldes spendet, die er sich in dem Reichsbank zum Geschenk hatte. Er war ein Gegner der sozialistischen Politik und hatte sich für die Einigung der Arbeiter und der Sozialisten in der Reichsbank eingesetzt. Er war ein Gegner der sozialistischen Politik und hatte sich für die Einigung der Arbeiter und der Sozialisten in der Reichsbank eingesetzt.

Hundmann gestorben.

Der bekannte Sozialistenführer Hundmann ist im Alter von 79 Jahren einer Erkrankung, die er sich im Verlauf einer Veranlassung zugezogen hatte, erlegen.

Seine Witwe hat dem Kaiser eine große Summe Geldes spendet, die er sich in dem Reichsbank zum Geschenk hatte. Er war ein Gegner der sozialistischen Politik und hatte sich für die Einigung der Arbeiter und der Sozialisten in der Reichsbank eingesetzt.

100%

Roman eines Patrioten.

von Upton Sinclair.

Amerikanisches Tagebuch im Welt-Krieg, Berlin-Göteborg.

(Nachdruck verboten.)

Samer und seine Automobili um Automobile. Sie sind für ein einziges Wort: „Samer“. Samer ist ein Mann, der sich durch die Welt bewegt. Er hat ein Auto, das ihm alles ermöglicht. Er ist ein Mann, der die Welt kennt und die Menschen liebt. Er ist ein Mann, der die Welt kennt und die Menschen liebt.

... und seine Automobili um Automobile. Sie sind für ein einziges Wort: „Samer“. Samer ist ein Mann, der sich durch die Welt bewegt. Er hat ein Auto, das ihm alles ermöglicht. Er ist ein Mann, der die Welt kennt und die Menschen liebt. Er ist ein Mann, der die Welt kennt und die Menschen liebt.

Kommunistischer Karneval mit Trillerpfeifen und Stinkbomben.

Der Versteher des Landtages beschloß am Mittwoch den mittigen, die Beratung der Geschäftsordnung im Plenum abzuschnitten, welche zu erledigen und zwar mit einer unterbrechenden Redezeit. Ausgeschlossen von dieser Begrenzung ist die Debatte über den § 59, der die bekannten Ordnungsvorschläge enthält. Der Landtag schloß sich dem Versteher an; Unabhängige und Kommunisten widersprachen. Die Debatte ging ziemlich rasch vorwärts, da in der Regel nur Kommunisten, manchmal auch Unabhängige, sprachen. Wesentliche Vorschläge ... halten die verarmten Abschnitte nicht; in einzelnen Fällen sind Verbesserungen vorgebracht.

Um jede Möglichkeit einer ungerechten Behandlung einzelner Abgeordneter auszuschließen, beantragten die vier Koalitionsparteien eine Abänderung des § 59a, wonach den Abgeordneten nicht nur gegen die längere, sondern auch gegen die einträgliche Ausschlussung von der Sitzung die Berufung an den Versteher zusteht.

Zur Besprechung des § 59 nahm Genosse Grzejinski das Wort und wies nach, daß dieser sich gar nicht gegen eine Partei oder gar eine Opposition richtet, sondern lediglich gegen einzelne Leute, die böswillig die Arbeit des Hauses stören. Er soll lediglich dem Präzidenten die ordnungsmäßige Führung der Geschäftsordnungen ermöglichen. Anlaß zu dem § 59 gaben im Frühjahr Ständelungen, die sich ein anständiges Parlament nicht gefallen lassen kann. Die Kommunisten unterbrachen niemandem den Weg. Frankens-Sozialisten begann mit Pfeifen, dem sich Wolfstein und andere Kommunisten später anschlossen.

Für die USA sprach am § 59 der Abgeordnete Lichtenstein. Er hielt die erste eigentliche Obstruktionsrede und mühte sich ab, die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit des Paragraphen zu beweisen. Dann folgte der Rüssel Kay (Kommunist), der den Sozialdemokraten attestierte, daß sie mit ihrer Zustimmung zum dem Paragraphen einseitig einen Sieg über ihre proletarische Bergpartei gezoogen haben! Getauft von der Reaktion, habe die SPD die Revolution verraten. In dieser Tonart folgte der kommunistische Held weiter, ohne überhaupt irgendwelchen Eindruck mit seinen Phrasen zu erwecken. Ein Abbruch von dem „Lichtenstein“ lehnt er ab, weil die Arbeiter diesen Schimpfen verlangten! (Das sind sicherlich nur Arbeiter von dem Charakter des Herrn Kay.)

Vor der namentlichen Abstimmung über eine Anzahl Paragraphen berichtete der Unabhängige Bod über die Untersuchungen des Ausschusses im Winterberger Gefängnis. Sein Bericht war eine Ohrfeige für die Kommunisten. Nach berichtet: Von über 90 Hungerstreikenden waren am Montag noch 10, Dienstag abend noch 4 im Hungerstreik. Die letzten 4 wurden ohne Anwendung von Gewalt mit ihrem Einverständnis nach Magdeburg abtransportiert. Die Gefangenen hätten keine Klagen gegen die Gefängnisverwaltung. Frühere Klagen über Schupoarbeiten sind in den letzten 6-8 Wochen verstummt. Früher gab Beschwerden durch Schupoarbeiten vorgekommen, so daß die Schritte in anderen Zellen gehört wurden. Die Frage kommenden Schupoarbeiten wurden aus der Anstalt entfernt und aus der Schupoarbeit entlassen. In der Anstalt, die im März 720 Gefangene und jetzt 243 Insassen zählt, sind vom Direktor seitdem 3 Strafen verhängt worden: 2 wegen Unordentlichkeit und eine wegen Einsuchen. Der Ausschuss war erstaunt, daß es noch Dunkelzelle geben kann und wünscht einmütig dessen Beseitigung. Ueber die Beschäftigung wurden keine Klagen geführt. Der Verdienst beträgt 1,20-1,50 Mark pro Tag. Ein Javan, ein bestimmtes Pensum zu liefern, besteht nicht. An Kleidung und Wäsche hat jeder Gefangene drei Garnituren. Der Arzt kommt täglich in die Anstalt. Alle, auch die bürgerlichen Zeitungen, sind seit zwei Tagen gesperrt, um die Aufregung nicht zu steigern. Sie sollen aber in Kürze wieder freigegeben werden.

Die Gefangenen machten auf den Ausschuss den denkbar besten Eindruck. Der Direktor sagte, daß es alle ordentliche, fleißige Leute seien und er jedes Gesuch um Strafauflösung beizufriedigen bestrebe. Bisher seien aber solche von ihm befürwortete Gesuche nicht genehmigt worden. Auf Gesuche, die vor Monaten eingereicht wurden, sei noch keine Antwort erfolgt. Die Gefangenen seien darüber erregt, da sie Kenntnis davon bekommen hätten, daß bei Strafe bis zu einem Jahr Strafaussetzung erfolgen solle. Ueber das Essen wird nicht geklagt; die Leute sind nur unzufrieden, weil sie sagen, sie sitzen und haben nicht mehr getan, als andere, die frei sind.

Der Ausschuss war einmütig der Ansicht, daß nach Überprüfung der Urteile erfolgen muß und eine beschleunigte Begnadigung in den meisten Fällen erfolgen kann.

Die Besprechung des Berichtes wurde vom Hause abgelehnt. Der Bericht selbst ist eine glänzende Rechtfertigung des Verhaltens anderer Partei. Wir wandten uns gestern gegen ein unnützes Reden der Mitteberg und verlangten die Untersuchung, die jedenfalls viel richtiger war.

Nach 15-kündiger Dauer ging Donnerstag früh um 5½ Uhr die Landtagsession zu Ende. In 67 namentlichen Abstimmungen, die sämtlich von den Kommunisten und Unabhängigen beantragt waren, wurde die Geschäftsordnung erledigt. Die Kommunisten gaben sich auch nichts nach rechtliche Klänge, Obstruktoren zu treiben. Von Zeit zu Zeit jasteten sie Triller-

ihre ganze Aktion war scheinbar vorbereitet, wurde miserabel durchgeführt und fand nur in wenigen Unabhängigen Helfer. Bei dem entscheidenden § 59 brachten Unabhängige und Kommunisten nur 22 Stimmen auf. Die Schimpfwörter wiederzugeben, welche die Kommunisten während der Nacht gebrauchten, würden keine Ohren füllen. Ihr Verhalten war so ekelhaft und hatte so wenig mit politischem Kampf zu tun, daß eine Reihe von Unabhängigen, anscheinend angeleitet von diesem Treiben, schon früh die Sitzung verließ. Am Schluß der Sitzung wiederholten die Kommunisten ihren Aktionsantrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Amnestiefrage zu stellen. Selbstverständlich wurde dieser Antrag abgelehnt, da die Amnestie Reichsangelegenheit ist und der Reichstag, insbesondere die Sozialdemokratische Partei, in den letzten Tagen bewiesen haben, daß es ihnen ernst ist, den Gefangenen wirksame Hilfe zu bringen. — Nächste Sitzung nachmittags 3 Uhr: Haushalt des Ministeriums des Innern.

Der Renegat Winnig

veröffentlicht in der Berliner Zeitschrift „Firn“ eine Entgegnung auf die Behauptungen der Nationalsozialistischen Kampfbund und Wolffheim über seine direkten Beziehungen zu Kapp und Ludendorff vor dem Kapp-Putsch. Wir hatten mit Vorbehalt von diesen Behauptungen Kenntnis genommen und verzeichnete dabei auch Winnigs Behauptung, daß er Ludendorff nie gesehen habe, und daß seine Beziehungen zu Kapp vor dessen Putsch niemals auf eine Beteiligung an der Kapperverschwörung hinzielen, so daß Winnig also nach seiner eigenen Meinung sozusagen unbewußt zum Kappisten geworden wäre.

Winnig stand bisher wegen seiner feststehenden Beteiligung am Kapp-Putsch, für die er die dokumentarischen Belege selbst als „Rechtfertigung“ (richtig: Anklagekrift) veröffentlicht hat, noch vor keinem ordentlichen Gericht. Die Nationalsozialisten haben ihre Behauptungen mit dem ausdrücklichen Zweck veröffentlicht, endlich einmal eine gerichtliche Vernehmung des Verurteilten zu erzwingen. Wir fürchten, daß sie damit kein Glück haben werden. Die Strafschutz hat ja den Begriff der „Führer“ beim Kapp-Putsch, die nicht zu amnestieren und, soweit ausgebildet, daß Leute von der Verantwortung des Winnigs überhaupt nur vor ein Disziplinargericht aus höheren Beamten kommen sind, ohne die z. B. diente Gefängnisstrafe von innen sehen zu müssen. Möglicherweise bekommt der Parteiführerhauptling sogar noch seine Pension als Oberpräsident.

Winnig selbst weicht jeder Gelegenheit, sich vor Gericht unter Eid über seine Verhältnisse äußern zu können, ängstlich aus. Als wir in der „Volkswacht“ wieder einmal feststellten, daß er sich vor dem Kapp-Putsch — wie wir rechtzeitig öffentlich festgestellt hatten — ein Renegat gewesen sei und Wärme gesponnen habe, die an Hochverrat grenzten, hat er sich an einen führenden Parteigenossen gewandt, um uns zum Schweigen zu bringen. Er erklärte damals unsere Behauptungen für strafbare Beleidigungen und bedauerte nur den Schreiber nicht gerichtlich fassen zu können, sondern nur den verantwortlichen Redakteur, den er nicht treffen wollte. Daraufhin wurde ihm der Schreiber dieser Zeilen als Verfasser des Angriffs ausdrücklich mitgeteilt, mit der Bitte, ihn zu verklagen. Wir würden den Wahrheitsbeweis gegen uns anstreifen. Winnig hat nicht geklagt, sondern sich vor dem gerichtlichen Wahrheitsbeweis gedrückt. Er steht also für seine Worte nicht ein und ist deshalb für uns nicht mehr glaubwürdig.

Sozialdemokratische Erklärung zu den Steuern.

Im 35. Ausschuß des Reichstages (indirekte Steuern) gaben die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder am Mittwoch vormittag folgende Erklärung ab:

In den vorliegenden Steuer- und Zollvorlagen werden wir sachlich mitarbeiten, ohne uns jedoch durch unsere Zustimmung für gebunden zu halten. Die Haltung unserer Ausschußmitglieder wird davon abhängen, ob die Volksherrschaft in der Reichsregierung erfolgt, daß eine stärkere Heranziehung des Verbrauchs sich rechtfertigen läßt, und ferner, ob die Industrie sich zu annehmbaren vorübergehenden Leistungen für das Reich bereit erklärt, ohne an diese Hilfe unannehmbare Bedingungen zu knüpfen. Solange über diese entscheidenden Punkte keine Klarheit herrscht, müssen sich die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten.

Der Kampf um die Vermögenssteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch in erster Beratung mit dem von der Regierung vorgelegten Vermögenssteuergesetz. Nachdem erst am Dienstag anlässlich der Kammerrede eine Generaldebatte zum Abschluß gekommen war, begannen die bürgerlichen Parteien abends mit einer Generalausprache, von der man gewiß ist, daß sie nichts Neues zuzusetzen wird.

Genosse Bernstein wies als Berichtsführer kurz auf die Merkmale der Vorlage hin und betonte die Notwendigkeit, daß jetzt angesichts der fürchterlichen Finanzlage des Reiches keine gewöhnlichen Reaktionen am Platze sind, sondern intensive Arbeit geleistet werden muß. Der Volksparteiführer Daud hielt dann eine lange Rede, in der er aus tiefster großartiger Talente Anspannung zog und zu erklären versuchte, daß mit den vorliegenden Steuerentwürfen weder die Reparationslasten gedeckt, noch die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden können. Selten könne nur ein Moratorium auf etwa 5 Jahre. Die Steuererhebung sei falsch; man überhöhe Kapital und Besitz. Selbstverständlich ist nach seiner Auffassung die Erhaltung der Sachwerte Unmöglich.

Helfferich, der ewig Oppositionelle, hält dann die dritte gleiche Rede, in der er feststellt, daß die Vermögenssteuer schon die zur Grenze ausgebaut ist. Er stellt dann fest, daß die Besteuerung in Deutschland weit erheblicher sei, als in den Entente-Ländern. Die Besteuerung der Sachwerte sei nicht der Weg, der zum Ziele führt, sondern die Verwirklichung der Pläne des Reichswirtschaftsministeriums werde durch eine Überforderung der deutschen Wirtschaft zu verzerrten sein. Die Besteuerung nach dem „gemeinen Wert“ erklärte Helfferich als unzulässig.

Vom Zentrum sprach Abg. Herold. Er ließ keine Zweifel darüber, daß man auch in seinen Kreisen an die Unerschließbarkeit des Vermögens glaubt, trotzdem aber beharrt sein müsse, alles zu tun, um den guten Willen zu benehmen. Nur so sei eine Revision des Friedensvertrages möglich. Man müsse versuchen, die Steuern und das Vermögen der Steuerträger in Einklang zu bringen, ohne eine Schwächung der Industrie vorzunehmen. Einen Eingriff in die Substanz durch Erlassung der Sachwerte steht auch Herold ablehnend gegenüber.

Selbstverständlich traten auch der Abg. Schulz (Dt. Fp.) und Rehnitz (Dem.) für Schonung des Reiches ein und kämpften gegen die Besteuerung der Sachwerte. Die Abgeordneten Dr. Herz und Bernstein vertraten gegenüber den von bürgerlicher Seite erhobenen Einwänden in empfindlicher Weise den Standpunkt der Sozialdemokraten und wandten sich gegen die Theorie, daß die Erhebung der Sachwerte die Hebung der deutschen Wirtschaft bedeuten. Eher sei das Gegenteil der Fall. Die Erhebung der schon längst fälligen Steuern bedeuten sie als unerschöpfbare Arbeit. Dann schloß sich noch der Kommunist Hülfs eine lange phrasenhafte Rede, die jeder Sachkenntnis bar war.

Um die Rechte der Beamten.

Der Deutsche Beamtenbund bezieht in einer Eingabe an den Reichstag den vorliegenden Entwurf des Gesetzes über die Beamtenverordnungen als unzureichend, weil er den Beamtenverordnungen nur eine petitionäre Rolle und begründende Rolle zuweist. Der Entwurf läßt deshalb nicht zur Herstellung eines Verhältnisses zu.

Beamten, die ausgestattet mit dem Recht der Selbstbestimmung, ein Organ bilden zur verantwortlichen Mitarbeit der Beamten bei der Regelung ihrer persönlichen dienstlichen Verhältnisse sowie bei der Erfüllung der wirtschaftlichen Zwecke der staatlichen Betriebe und Verwaltungen; 2. Sicherung dieses Mitbestimmungsrechtes durch paritätisch besetzte Sachverständigenräte.

Die polnische Abteilung im Auswärtigen Amt

Anstelle von Reifers, der beurlaubt wurde, ist, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, der frühere deutsche Geschäftsträger in Warschau, Legationsrat von Dirksen, zum Leiter des polnischen Referats im Auswärtigen Amt, das auch Oberschlesien in sich schließt, ernannt worden.

Neue Wendung in der Judenfrage in Polen?

Die Abstimmung im Sejm über die Warsauer Frage, bei welcher die knappe Regierungsmehrheit von 13 Stimmen durch die Stimmen der jüdischen Gruppe zustande gekommen ist, scheint eine neue Wende in der jüdischen Frage in Polen einzuleiten. Wie es sich erweist, ist der Abstimmung eine Konferenz der jüdischen Delegierten mit dem Ministerpräsidenten vorangegangen, in der die Regierung bestimmte Zusagen in der jüdischen Frage gemacht hat. Wie verlautet, hat Konikowski die Abkehr vom antisemitischen Kurs und Verwahrungsmassnahmen zugunsten der jüdischen Bevölkerung in Aussicht gestellt. Der jüdische „Nah Kurjer“ führt hierzu aus, die Regierung sei auch in Zukunft an der Haltung der jüdischen Gruppen stark interessiert, da schon eine Wählerhaltung der zahlreichen jüdischen Bevölkerung im Wlnagebiet den politischen Angliederungswünschen sehr nachteilig seien und, nach sicheren Informationen, selbst die Stellung der Entente in der Wlnfrage zu ungunsten Polens beeinflussen könnte. Trotzdem haben die antisemitischen Nationaldemokraten eine Interpellation über die von der Regierung an die jüdischen Deputierten gemachten Zusagen eingebracht.

Lenin als Reformist.

Lenins Jubiläumsartikel in der Moskauer „Pravda“, der nunmehr im Wortlaut vorliegt, enthält ein viel entscheidenderes Bekenntnis Lenins zum Reformismus, als die telegraphischen Auszüge bisher erkennen ließen. Lenin erklärt, daß die Revolution vor der Notwendigkeit stehe, zu einer neuen „reformistischen“, allmählichen, vorläufigen Methode überzugehen: Nicht die Zerschlagung des alten Wirtschaftssystems, des kleinen Unternehmertums, des Kapitalismus, sondern die Wiederbelebung des Handels, der Kleinwirtschaft, des Kapitalismus ist jetzt das Ziel. Die echten Revolutionäre müssen unweigerlich zugrunde gehen, wenn sie meinen, die große herrische Weltrevolution müsse unter allen Umständen alle Aufstände auf revolutionäre Weise vollbringen. Es bedeute keine Bankrotterklärung, wenn die Sowjetregierung gezwungen sei, auf denselben Gebieten, wo sie mit den alten revolutionären Maßnahmen vorgegangen war, nunmehr zu einem ausgeprägten reformistischen Verfahren überzugehen. Während, nach der Lehre von Marx, vor dem Siege des Proletariats Reformen nur ein Nebenprodukt des Klassenkampfes seien, bieten sie nach dem Siege dem Lande außerdem eine notwendige und berechtigte Atempause, wenn für ein weiteres revolutionäres Fortschreiten keine Kraft mehr übrig sei. Je bewußter der angestrebte Rückzug vollzogen werde, desto rascher werde man von neuem zum Angriff übergehen können.

Aus aller Welt.

„Der erledigte Kopernikus“.

Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: „Jion City“, eine Stadt unweit Chicago, wird fast nur von Mitgliedern der „Christlich-Katholisch-Apologetischen Kirche“ bewohnt, einer Sekte, die das Tausendjährige Reich nahe herbeigeführt glaubt. Der Oberste dieser Religionsgemeinschaft, Wilbur G. Voliva, der den Titel „Aufseher“ führt, hat angesichts des nahenden Endes aller Dinge verschiedene Reformen eingeführt, die ziemlich Stutzen verursachen. Daß nicht öffentlich geredet werden darf und daß die Kleider der weiblichen Gemeindeglieder oben und unten so lang sein müssen, wie es die Mode vor fünfzig Jahren nachdrücklich wäre für „Jion City“ nach nicht besonders seltsam, und die darauf bezüglichen Dekrete haben kein Aufsehen erregt. Aber es wird die übrige Welt einigermaßen überraschen, zu vernennen, daß die tausend Kinder in den Schulen der Jionsstadt lernen, die Erde sei flach und nicht rund, ihre Schwerekraft sei Einbildung und die Sonne sei nur 3000 Meilen entfernt und eine kleine Kugel, 32 Meilen im Durchmesser. Natürlich läuft auch in „Jion City“ zu seinem Rechte zu verhalten. Man will es zunächst mit Güte versuchen, aber wenn damit nichts zu erreichen ist, soll den Lehrern, die tausend Schülern dort eine falsche Auffassung vom Weltgebäude beibringen, die Lehrpläne entzogen werden.

Die lippische Landesbibliothek niedergebrannt. Dienstag nachmittag ist die lippische Landesbibliothek, ein vierstöckiges Gebäude, vollständig niedergebrannt. Die Bibliothek ist 1814 gegründet und umfaßt ca. 150 000 seitene Bände und Schriften und war eine der größten Bibliotheken Deutschlands. Es sind etwa 30 000 Bände durch den Brand vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen. Vier Schüler wurden bei den Löscharbeiten erheblich verletzt.

Flammenot dreier Kinder. Aus Lüneburg wird gemeldet: Montag abend gegen 11 Uhr brach in dem einjam gelegenen Forsthaus Eiba ein Brand aus, der sich schnell über das ganze Gehöft verbreitete. Es war nicht möglich, etwas zu retten. Drei Kinder verbrannten, die anderen konnten gerettet werden. Auch alles Vieh wurde ein Opfer der Flammen. Es wird Brandstiftung vermutet.

Ein Tierarzt wurde in der Ellenerger Gasse gefangen, nämlich ein Hase mit einem Gemisch. Das Tier hat zwei Stangen, wie man sie bei jungen Rehböden findet, und von denen die eine 10 Zentimeter und die andere 5 Zentimeter lang ist.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Bekämpfung der Lungentuberkulose.

Aus Deutsch-Lissa schreibt man uns: Am 17. d. Mis. hielt hier die Kreisfürsorgekommission Kreis-Breslau einen wohlbekannteren Vortrag über die Bekämpfung der Lungentuberkulose.

Diese furchtbare Seuche, die jährlich zweimal hundert Tausend fordert als der Ariea 70/71 (110 000 Menschen), müße jeden Menschenfreund mit Entsetzen erfüllen und zur Bekämpfung dieser Krankheit geradezu herausfordern. Am meisten hat die Arbeiterklasse dieser Seuche Opfer zu bringen, infolge Untereinerkennung, schlechter Wohnungsverhältnisse und auch dadurch, weil die arbeitende Bevölkerung noch zu wenig über die Entstehung dieser Krankheit unterrichtet ist. Geradezu ein Verbrechen ist es, wenn jemand, der mit dieser Krankheit behaftet ist, an öffentlichen Plätzen ausgesetzt wird und nicht an die Gefahren denkt, denen seine Mitmenschen dadurch ausgesetzt sind. Der tuberkulöse Mensch hat, das ist es, seinen Mitmenschen schuldig, die „Spezialkassen“ zu benutzen. In den letzten Jahren wurden Lungentuberkulose geheilt, welche ein Segen für unsere unglücklichen Volksgenossen sind.

Deutsch-Lissa mitzuarbeiten. Die Gewerkschaften von Neumarkt und den kleinen Orten des Kreises, ja sogar die Landarbeiter, opfern ihren Teil, um oben genannte Erholungsstätten bald zu erbauen und in den Betrieb zu nehmen.

Der Grund und Boden ist von einem edlen Landbesitzer in wahrer Gegend geschenkt worden. Es fehlt nur noch an Bauarbeitern. Darum organisierte Arbeiter, gibt freiwillig Bauarbeitern, die kranken Kinder werden es auch danken.

Genosse Speer dankte der Schwester für ihren Vortrag, die der zahlreicheren Zuhörerschaft aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion schilderten zwei Genossen die Not, in welche unglückliche Tuberkulose kommen, in dem nicht einmal die Arbeitgeber derartige Kranke beschäftigen wollen.

Die Steuerpflicht der Landwirte.

Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird von vielen Einsichtigen bedauert, da ja beide Teile aufeinander angewiesen sind und einer ohne den anderen nicht leben kann.

Er besteht ja auch nicht erst seit dem Kriege und die letztere von einem großen Teil der Landwirte beliebte Verteuerungspolitik aller ihrer Produkte, sondern keine Ursache rühren zum großen Teil von der Steuerlast her, die ganz besonders von den größeren und größten Landwirten getragen wird.

Daß die Gutsherrn schon früher den Staat kräftig bemogelten, ist eine Tatsache, und der Einfluß der größeren Landwirte auf die Steuereinschätzungscommission war derart, daß der kleine Bauer oftmals das Vielfache des Ertrages je Morgen versteuerte, gegenüber dem größeren Besitzer. Daß früher fast alle Industrie- und gewerblichen Arbeiter Einkommensteuer zahlten, ist eben in Erinnerung, aber selten wurden die Landwirte entsprechend ihrem Einkommen herangezogen.

Nun sollte man glauben, daß in der neuen Zeit eine gerechtere Auffassung Platz gegriffen hat, aber weit gefehlt! Dem Festangestellten, der wöchentlich oder monatlich seinen Lohn bekommt, werden 10 Prozent als Steuer einbehalten und es gibt eine große Anzahl Arbeitgeber oder Inspektoren auf dem Lande, die den bei ihnen Beschäftigten nicht einmal die gesetzlichen Erleichterungen zumuten lassen. Man frage einmal in der Bekanntheit die Landarbeiter über ihren Lohn, Deputat, Familienverhältnisse und Steuerabgabe aus und man wird feststellen, daß die Abzüge vielfach zu hoch sind.

Große Schuld an den jetzigen steuerlichen Ungerechtigkeiten tragen auch die Finanzämter. Im Sommer 1920 erfolgte die Veranlagung aller Steuerpflichtigen. Wurde damals schon festgestellt, daß eine Dienstmagd nicht weniger Steuer zahlt wie ihr Dienstherr, der 80 bis 90 Morgen Land bewirtschaftet, daß gewerbliche Arbeiter höher eingeschätzt waren wie der Fabrikbesitzer, daß Bauhandwerker fast doppelt so viel zahlen wie ihr Maurermeister, so hat sich bisher nichts daran geändert.

Eine Nachveranlagung oder Berichtigung ist nicht erfolgt, obwohl vielfach auf diese Ungleichheiten hingewiesen wurde. Die Finanzämter erklären einfach, sie sind mit Arbeit dermaßen überlastet, daß sie dazu nicht imstande sind. Welche riesige Summen dem Reiche dadurch verloren gehen, kann nur derjenige ermessen, der nähere Einsicht hat. Doch kann jetzt schon gesagt werden, daß sie nicht bloß Millionen, sondern Milliarden betragen.

Wie aber das Reich um weitere Milliarden gepreßt wird, beweist folgendes Rundschreiben des Landbundes für den Kreis Breslau. Wir geben es im Original wieder, damit unsere Leser sehen, wie sperrig der größte Teil der Landwirte ist.

Die Steuerkommission unseres Wirtschaftsverbandes hat in gemeinsamer Arbeit mit der Buchführungsstelle der Landwirtschaftskammer für unseren Kreis folgende Normalätze der Veranlagung zur Reichs-Einkommensteuer ermittelt:

Bodenklasse:	1	2	3	4	5
1-40 Morgen	180,-	165,-	135,-	105,-	90,-
41-160 Morgen	110,-	100,-	85,-	70,-	55,-
161-300 Morgen	70,-	65,-	65,-	45,-	35,-

Zur Veranlagung ist insofern zu beachten, daß die Morgenzahl mit den vorstehend angegebenen Zahlen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Größenklassen enthaltenen Zusatzflächen zu multiplizieren. In diesen Normalätzen sind alle Werbungskosten mit eingeschlossen.

Abzugsfähig bleiben nur die noch gesetzlichen Abzüge, Hypothekenzinsen, Versicherungsbeiträge usw.

Für die Wirtschaften, in denen Hausväter und Töchter beschäftigt werden, sind für die notwendig zu beschäftigenden Kinder mit zu verrechnen:

für jedes 14-17 jähr. männl. Kind als Zuschlag	1500 Mark,
" " 14-17 " weibl. " " "	1200 "
" " 18-20 " männl. " " "	2000 "
" " 18-20 " weibl. " " "	1800 "

für Kinder über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts 2000 Mark.

Nun vergleiche man einmal die Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die nicht etwa bloß immer gesaßt, sondern für gewöhnlich verkauft werden.

Der im Kreis Breslau betriebene Rübenbau brachte 1920 großen Ertrag, im Durchschnitt 140 Zentner je Morgen, den Zentner Rüben wurden 25-27 Mark gezahlt, dazu noch auf 100 Zentner Rüben 45 Zentner Schnitt als W und ist der Wert je Zentner auf 8 Mark zu schätzen.

Die Kartoffeln brachten einen Durchschnittsertrag von 80 Zentner und den Preis auf nur 25 Mark; dann kann man sich auch der Verdienst austrechnen.

Die Getreideernte 1920 war mäßig, doch ist ein Durchschnittsertrag von 9 Zentnern und 20 Zentner Stroh anzunehmen, bei einem Preis von 70 Mark für Getreide und 20 Mark für Stroh. Gemüse war 1920 besonders ertragreich, die Obsterte mitelmäßig und trifft letzteres auch auf die Wiesen zu.

Trotzdem aber muß gesagt werden, daß wir finanziell viel besser hinstehen, würden die Steuerquellen allenthalben so gesaßt, wie man es den Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber tut. Wir werden nicht verstehen, diesen Zustand dem Finanzminister mitzuteilen, damit er einmal nach dem Rechten sieht.

Wasserstand

vom 24. November 1921.

Katze	0,96	Breslau (Ober-Bege)	4,46
Staupitz	0,97	Wieslau (Unter-Bege)	2,05
Wald	—	Trojan	—
Witz (Krausen)	1,68	Kanfen (Ober-Bege)	3,08
Rothwitz	—	Wieslau (Unter-Bege)	1,50
Wieslau (Ober-Bege)	2,80	Dobrußka	+0,82
Wieslau (Unter-Bege)	1,82	Wieslau	+1,14

Hühneraugen
Hornhaut, Schwiele, Warzen
Kukirol
A. P. Kukirol & Co. Berlin

Läuse Wanzen
Käuße Wanzen
Käuße Wanzen
Käuße Wanzen



Morgen und folgende Tage:
des vor längerer Zeit angekündigten
draufführung amerikanischer Exklusivfilms

Das große Schweigen

Menschen im Kampf mit der Natur - Der Schrei eines Verschollenen aus der Unendlichkeit.
Der gewaltigste Schnee-Gebirgsfilm der Gegenwart in 6 Akten.
Imposanter und überwältigender als das „Wunder des Schneeschuh“ und der „Kampf mit dem Berge“
In den verschneiten Bergriesen der „Rocky Mountains“ - Lebens-fürliche Wanderung zwischen kilometerhohen
Gletscherspalten - Von Eisschollen eingeschlossen - Gewaltige Lawenstürze - Schneestürme in über 6000 Meter
Höhe - Das Bestehen der höchsten Berge - Erde - Darsteller des Films sind Eingeborene Alaskas, Kaliforniens u. Grönlands.
Das Ganze ist eine hervorragende, fast unglückliche Tat waghalsiger Sportsleute, die,
Strapazen und Gefahren trotzend, der Unendlichkeit ihre Geheimnisse zu entziffern versuchten.

Außerdem:
Der berühmte Roman von E. T. A. Hoffmann:
Das Fräulein von Scuderie
Die tragische Geschichte eines
menschlichen Vampirs in 6 Akten.

Nobody, S. Teil
Der Tyrann der Wüste.

Täglich 4, 6, 8, 10 Uhr.



Stadt-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Carmen.
Freitag 7 Uhr: **Wagners**
Savarez 7 1/2 Uhr:
Der Geizhals.

Schauspielhaus.
Sperrentheater, Tel. 3034.
Donnerstag und Freitag
7 1/2 Uhr:
Das holländische Weibchen.
Freitag u. Samstag 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Sonntag 11 1/2 Uhr:
Carl Siberfeld - Kalliope.
Sonntag 11 1/2 Uhr:
Der Graf von Eupenberg.

Dominikaner!!!
Täglich Punkt 7, Uhr:
Das neue Familienprogramm
Nicht nur ein Programm
Der Hofe aus England
Für jed. ein paar tolle Stunden

Ringkämpfe
Strehlener Tor
Luna-Säle
Exakt, Linie 6, Bismarckstr.

Heute Donnerstag:
Einschlags - Backstul
Pretschick gegen Nobis
Frei-Ringkampf
Karsch gegen Wolsch
wie im letzten Kampf
Vor 4. Kampf, 4. Einsatz.
Saal gut geheizt, von
Anf. 8.30, Kämpfe 9.15 Uhr.

Bitte bei allen Ge-
ständen Heils die
Interemen
höherer Stellung
an berücksichtigen

SCHAUBURG
VIKTORIA-THEATER

Der große Detektiv-Abenteuerfilm!
Der stumme Zeuge
Verfaßt und inszeniert von
Harry Piel
6 Akte
Nur noch bis Donnerstag!

Der Heiland
u. die Sünderin
Christus und Maria Magdalena
(La Redencion) 6 Akte
Varietéschaus:
Stanley-Truppe
Amerikanische Cowboys und Indianer.

Fotterkönig Apollon
mit 10000 Mann demgegen-
über seine Produktionen gemacht.

Walter Ruhfisch
Dresdner Hochschüler.

DK

3 Erstauflösungen!
Das Verrückteste,
was je in einem Film gezeigt wurde!
Planetenschieber
oder
Milliardäre in No!
(Die verdrehte Welt!) 6 Akte.

Der Kampf um Helmat!
Schicksale der oberösterreichischen
Not nach wahren Begebenheiten.
Das Geheimnis des großen Unbekannten
endlich gelöst!

Im Schatten
der Nacht 6 Akte
aus dem Leben eines
großen Verbrechers.
Varietéschaus:
Ali Lanti
der große Illusionist
u. die Enttäuschung.

Freitag und Sonnabend:
Billige Fleischtage!

Rindfleisch	Pfd. 11.00
Rindfleisch o. Knochen	14.00
Hammelfleisch	11.00
Hammelkeule	12.00
Schweinefleisch	20.00
Geräuchert. Bauch und Caseler	24.00
Kleinfleisch	5.00

Billige Wurstwaren

Knoblauchwurst	Pfd. 11.00
Leberwurst	12.00
Preßwurst	14.00

Dreslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, 1. Etage
und
Westendstraße 68 (Laden).

Bereinigtes Theater in Breslau.
Direktor: Paul Serna.
Schauspielhaus, Tel. 51. 6774. Kalliope-Theater.
Donnerstag, den 24. November, 7 1/2 Uhr abends:
„Der Stein auf dem Meer“ | „Große Kalliope“.

ODEON-KINO
Heute letzter Tag!!
Der Schädel der Pharaonentochter
Beachten Sie das mörderische Inserat
Ellen Richter!

Gesellschaftshaus „Oderstrom“ Uferstraße 48.
Freitag „Konzert des Volksorchesters“
Jeden Freitag
und Sonntag **Vornehmer Tanz.**
Neue Kapelle.
Sonnabend: Vereins-Vergnügen.

ZEPTEK-KINO
Heute letzter Tag!
Der schreckliche
Detektiv-
Sensationsroman

Wicki, der Verbrecherkönig
in: Das räuberische
Ereignis - 6 Akte

Die Kanone
Fant. mit zwei
Aktionen **Tränen ab**
wie: Wenn Menschen reifen
Liebesroman 5 Akte

Merion, die Raffrausplanze
Ab Freitag: 7

AUSSTELLUNG
der Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G. und der
Gesellschaft für einfache Wohnungseinrichtungen
der Stadt Breslau m. b. H. Albrechtstraße 39 einer
vollständig eingerichteten Wohnung
in einem Siedlungshause in Zimpel, Eisterweg 7
Geöffnet vom 9. bis 27. November, von morgens
9 1/2 bis nachmittags 4 Uhr. Eintrittspreis 1 Mark

Teure Eier sparen Sie durch
Dr. Oetker's
Milch-Eiweiß-Tuber
mit Triebzusatz
2-3 Eiweiß
für Pfannkuchen,
Kloße, Kuchen,
Torten.

Hagemann & Co.
Groß-Käuferei
Breslau I, Margaretenstr. 9
Tel. N. 5754. 4. Stg.
Wichtig!
Sojas, Champignons in gr.
Anzahl zu sehr billigen
Preisen, ebenfalls Zeitungen,
Wäsche, etc. I. Eislager
Schwerstraße 5.

Rindfleisch
(aus kältischen Beständen) 6958
Rindfleisch, ohne Knochen . . . Pfd. 11.—
Suppenfleisch 8.—
Rindfleisch 5.—
Mariannenstraße 15.

Deutsches
60% Ia Weizenmehl
1 Pfund nur 5.00
bekannt beste Qualität, verkauft bis auf weiteres.
Graupe nur 4.20
Kleie + Futtermittel
billigst. 9310
Mehlniederlage der Weidenhofer Mühle
Breslau, Bismarckstr. 37
Ebenda wird auch jeder Posten Getreide
in Mehl (genau wie in der Mühle) umgetauscht.

Stablin „Wilhelmsburg“ Scharb.-
straße 34
Jeden Donnerstag und Sonntag: 7.30
Großes Tanzvergnügen
Der Saal ist an zwei Tagen - Donnerstag und
Freitag zu vergeben.
F. Hübner.

Wartburg Tel. 310
Straße 31.
Lein Wollung - Angewandte Arbeit
heute Vornehmer Ball
Erstklassige Musik : : Tanz-Veranstaltung
Täglich 8 Uhr.

Irrigatoren, Spülsprizen, Lein-
u. Nonnenbinden, Seilmaschinen-
stoffe und Commercial aller Art
Echt billig 078
Walter Amandus Englich
Breslau II, Gartenstraße 37
Verlangen Sie Spezialkatalog u. Preisverzeichnis

Rieserbrennholz
Grob gespalten . 1 Stk = 9.30 RM
Fein gespalten . 1 Stk = 7.80 RM
Gehobelt . 1 Stk = 5.75 RM
Lieferung nicht unter 1 Gehobelt.
Wies bei Steier, bei Selbstabholung erheblich billiger.
Städtische Holzspalteanstalt
Niederstraße Nr. 10
Jeden Tag 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr abends.

Emser
Pastillen
gegen Husten, Keuchhusten, etc.
Hautjucken
Eintausendmal, Art. Kollon, be-
wehrt das schnell heilende
Mittel.
Peruvia
Schmerzmittel, leichte An-
wendung, 1 Person 10 Mk.,
2-3 Personen 15 Mk. frei-
lich. - Werke, Essen 1,
Vahrenstraße 25.

Kaufen Sie jetzt,
dann sparen Sie Geld!
Herrn - Bekleidungshaus
Joh. Hermann Paritzke.
Sozialdemokratie u. Kirchentum
Preis 4 Pfg. - nummer 20 Pfg. Text
Schaltungen werden von der Redaktion dieses
Blattes, sowie von den kirchlichen Redaktionen

Der wahre Jakob
1 Mark.
Bestellungen werden von der
Expedition dieses Blattes so-
wie von allen Kioskbetrieben
entgegengenommen.

Kartoffeln
schon ab 10 Pfg.
Wetterstraße 13.

Wild u. Geflügel
haben Sie billig und in großer Auswahl bei
Herbert Böhm, Gartenstr. 62
Telefon 514 24.
Hühner, die für den Markt sind . . . Stk. von 20.- RM an
Hühner, die für den Markt sind . . . Stk. von 10.- RM an
Küchlein, - Hasen, - Wäcker, auch geteilt.
Ferkel und - Gänse . . . Stk. von 12.- RM an
Gänse (Eintags- u. Seidenfärberei) Stk. von 12.50 RM an
1 x Schöne Wäcker . . . Stk. von 15.- RM an
Reifer geschlachtete Hühner:
Hühner, brüderlich . . . Stk. von 10.- RM an
Junge Hühner und Seidenfärberei . . . Stk. von 12.- RM an
Gänse, brüderlich . . . Stk. von 14.- RM an
Prime Jagdhühner . . . Stk. von 8.- RM an
Wilde Kanarienvögel . . . Stk. von 16.- RM an

Für 4 alte Schallplatten
1 neueste oder schönste Schallplatte für
u. gebrauchte Schallplatten m.
Musikhaus Melzer, Breslau
Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 36. 754

Soeben erschienen:
Vorwärts-Almanach
der
Arbeiter-Familien-Kalender
1922
reich illustriert
Preis 4.- Mark
Buchhandlung Volkswacht,
Breslau, Neue Grapenstraße 5.

Interate erzielen in der Volkswacht

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. November.

Sozialdemokratischer Verein.

Fräulein! Die besten Handzettel zu den Frauenvereinen sind ungenügend im Parteisekretariat abzuholen.

Abteilung Ohlauer Tor. (Distriktsführer und Vergnügungs-Kommission) Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, Sitzung bei Görlisch, Löschstraße 13.

Abteilung Sandtor. Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, öffentliche Sitzung bei Freizer, Michaelisstraße 3.

Distrikt 26. Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, außerordentliche Distriktsversammlung bei Görlisch, Löschstraße 13. Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Distrikt 31. Donnerstag, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Sitzung sämtlicher Funktionäre und des Weihnachtssomitees bei Richter, Goethestraße 104. Erscheinen ist Pflicht.

Wachtung! Parteiführer. Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, letzter Abend des Vortrags-Kurses des Genossen Dr. Hamburger. Erscheinen aller Teilnehmer unbedingt erforderlich.

Wachtung, Mädels! Heute Mädelaabend. Gewerkschaftshaus, Zimmer 32, pünktlich 8 Uhr.

Die Not der Städte und da Reich.

Zu der Finanznot der Gemeinden richtet der Deutsche Städtebund eine Eingabe an den Reichstag, worin er sagt, daß die neue Reichsfinanzgesetzgebung, wie sie sich im Reichseinkommensteuergesetz, im Körperschaftsteuergesetz und dem Landessteuergesetz darstellt, die bisherige Finanzgebarung der Gemeinden auf das schwerste erschüttert habe. Die Hauptsteuer der Gemeindehaushalte, die Einkommensteuer, ist den Gemeinden durch die Reichsfinanzgesetzgebung als Zuschlagssteuer genommen, und es ist ihnen lediglich ein begrenzter Anteil am Aufkommen der Reichseinkommensteuer zugewiesen. Ein Ausgleich für diese Beeinträchtigung ihrer finanziellen Selbstständigkeit ist ihnen bisher in anderer Weise nicht gegeben worden. Im Gegenteil hat das Reich auch auf anderen Gebieten, die bisher hauptsächlich den Gemeinden als Steuerquellen überlassen waren, seine eigene Sphäre weiter ausgedehnt. Im Landessteuergesetz hatte man sich noch bemüht, den Gemeinden einen gewissen Ausweg zu eröffnen, indem man ihnen das Recht zur Besteuerung des von Reichsneuern freigebliebenen Existenzminimums einräumte. Durch die Novelle vom 24. März 1921 ist auch diese Einnahme den Gemeinden wieder entzogen worden. Sämtliche Parteien des Reichstages haben damals in einer einmütigen Entscheidung ausgesprochen, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, den Gemeinden diesen Ausfall zu ersetzen, geschehen ist aber nichts.

Die Lage der Gemeinden wird noch dadurch verschlimmert, daß die Veranlagung und Erhebung der Reichssteuern durch die Finanzämter auf das Stärkste im Rückstande ist, so daß den Gemeinden viele Millionen in ihren Kassen fehlen, die sie anderweit beschaffen müssen, weil der Steuerapparat des Reiches nicht ordnungsmäßig funktioniert.

Andererseits hat sich die Ausgabeite der Gemeinden durch die gewaltige Steigerung der Preise und Löhne viel mehr erhöht, als die Einnahmen getrieben sind. Hinzu kommen ständig neue Lasten, die das Reich auf die Gemeinden abwälzt. Es seien nur die Erwerbslosenfürsorge, die Kriegsbeschädigten- und Krieger-Unterstützenfürsorge und aus neuester Zeit die Erhöhung der Sozialrenten genannt. Dazu kommt nun noch die ungeheure Mehrbelastung durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbezahlung und der Arbeiterlöhne nach dem Vorgange des Reichs. Die Eingabe des Städtebundes bezeichnet es als ausgeschlossen, daß die Gemeinden alle diese Lasten auf der bisherigen Finanzgrundlage tragen können. Es muß endlich etwas für die Gemeinden geschehen. Die Gemeinden erheben die nachdrücklichste Forderung, daß die Reichsfinanzgesetzgebung eine grundsätzliche Änderung erfährt und bei der bestehenden Neuverteilung der Reichsfinanzgesetzgebung die Gemeindeinteressen in ausreichender Weise mit berücksichtigt werden. Abgesehen davon müßte voller Ersatz für die nachträgliche Aufhebung der Besteuerung der Mindesteinkommen gewährt werden. Als laufende Hilfe verlangen die Gemeinden Zuweisung von entsprechenden Steuerermäßigkeiten, die ihre finanzielle Selbstverwaltung wahren. Eine endgültige Lösung des Problems würde erfordern, daß eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgt, und die möglichen Steuerquellen unter die drei großen Aufgabenträger (Reich, Länder und Gemeinden) planmäßig aufgeteilt würden. Unabhängig davon müßten bei den jetzt vorliegenden einzelnen Steuerentwürfen die Gemeindeinteressen gebührend berücksichtigt werden. Solche Steuern, die in nähere Beziehung zu den Verhältnissen der Gemeinden stehen als zum Reich, müßten ganz den Gemeinden überlassen werden. Bei anderen Steuern seien die Gemeinden neben dem Reich mit zu beteiligen. Der Reichstag wird nächstens eine demokratische Interpellation über die Gemeindeverhältnisse verhandeln.

Die Befoldungsvorlage und ihre Deckung.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern in einer stundenlangen Sitzung mit den Befoldungsvorlagen und ihrer Deckung. Schließlich mußte der angeforderte Erhöhung der Preise für Gas, Wasser, elektrischen Strom und Straßenbahn doch zugestimmt werden, und zwar erfolgte die Zustimmung einstimmig. Gegen einstimmig wurde ein Antrag angenommen, wonach die Gasgebühren denjenigen, die unter 10 000 Mark Einkommen haben, auf ihren Antrag ermäßigt werden sollen. Auch an der Vorlage über Bezüge der Beamten und Bureauangestellten war nichts zu ändern, jedoch sie einstimmig angenommen wurde.

Die Gehälter am Stadttheater.

Vom Angehörigenrat des Stadttheaters wird uns geschrieben: Von der Bewältigung unserer Stadt über die an unserem Stadttheater bisher gewährten Gehälter anzuklären und allen nachstehenden Gerichten

Bild der wirtschaftlichen Lage unserer Mitglieder geben können. Es erhalten monatlich brutto: Ballett 1000 Mk., Chordamen 1100 Mk., Chorherren 1200 Mk., Orchester 1200 bis 1270 Mk. Von ersten Solokünstlern beziehen: Soubrette 1250 Mk., jugendlich dramatische Sängerin 1500 bis 2000 Mk., Koloraturängerin 1688 bis 2083 Mk., Oberpielleiter und Kapellmeister 2083 Mk., Altistin 2750 und 3000 Mk., Tenorbuffo 2186 Mk. Nur der Feldtenor hat 3333 Mk., die anderen ersten Vertreter dieses Faches bleiben unter 3000 Mk. Die anderen ersten Fachvertreter beziehen Gehälter zwischen 2033 und 2500 Mk. Die zweiten Fachvertreter sind entsprechend geringer bezahlt (zwischen 1250 und 1900 Mk.).

Zentralauskunftsstelle für arbeitssuchende Flüchtlinge. Der von den „Vereinigten Verbänden heimattreuer Obereschler“, Abt. „Ergänzende Fürsorge“ im Hauptbahnhof, Ostflügel, eingerichteten Beratungskomitee ist vom Landesratsamt, Am Hauptbahnhof 2, eine Zentralauskunftsstelle für arbeitssuchende Flüchtlinge angegliedert worden. Die arbeitssuchenden Flüchtlinge werden an Schaltern im Ostflügel des Hauptbahnhofes über Arbeitsgelegenheit beraten und den für sie in Frage kommenden Arbeitsnachweiser durch einen Heberweisungsschein zugewiesen. Durch diese sachgemäße Auskunft wird vermieden, daß die Flüchtlinge, wie es bisher häufig der Fall war, von einer Stelle zur anderen wandern müssen. Die Schalterräume sind lediglich für Flüchtlinge bestimmt und ununterbrochen geöffnet.

Straßenraub. Am 15. d. M., gegen 6 Uhr abends, wurde einer Dame auf der Schweidnitzer Straße, in der Nähe des Stadttheaters, von einem unbekanntem Mann eine braune leberne Handtasche, in der sich 500 Mark Geld, ein Kugenglas mit Gold-einfassung im Nadelgehästel, drei Schlüssel, ein Taschentuch usw. befanden, gewaltsam entzogen, und der Räuber vermochte im Gemühe zu entkommen. — Am 16. d. M., gegen 2 1/2 Uhr früh, wurde an der Ecke Neuborf- und Nachodstraße einer Dame ihre braune Handledertasche mit Schlüssel und mehreren kleinen Gegenständen und eine schwarze Brieftasche mit 1500 Mark geraubt. Meldungen erbeten an das Polizei-Präsidium, Zimmer 39.

Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes. Bei dem städtischen Einigungsamt liegen während des Oktobers 1921 1295 neue Anträge ein, und zwar 75 ausgehend von Mietern, 1026 von Vermieteranteilen, 194 von Amtswegen. Erledigt wurden 916 Fälle, darunter 212 durch Vergleich, 124 durch Zurücknahme des Antrages und 580 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fallen 652 unter die Mietrechtsverordnung vom 23. September 1918 und 72 unter die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919, während weitere 18 Fälle Heizungsanträge, 35 Fälle die Genehmigung zur Zwangsvollstreckung, 73 die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages 3 eine Ermäßigung der Miete und 63 verschiedene Beschwerden betreffen.

Öffentliche Wertmeister- und Angestellten-Versammlung! Die Gewerkschaften sind stets tatkräftige Mitarbeiter in allen Wirtschaftskämpfen gewesen. Die neue Zeit rollt schwere, fast unlösbare Probleme auf. Sie mit zu lösen, dazu sind alle Arbeitnehmer berufen. Aus diesem Gedanken heraus beruft der Deutsche Wertmeister-Verband, Siedlitz, eine öffentliche Versammlung ein unter dem Slogan: „Welche Aufgaben stehen uns bevor?“ Sie findet Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Börse statt. Zu der Versammlung sind nicht nur die Wertmeister, sondern den Mitgliedern aller Organisationen der Zutritt frei.

Die Bühne der Dienstmänner betreffend hat der Polizeipräsident eine mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft tretende Verordnung erlassen, die an die Stelle der Verordnung vom 10. 4. 1913 tritt; sie ist in dem Polizei-Amtsblatt öffentlich bekanntgegeben; Zuwiderhandlungen sind mit Geldstrafe bis 150 Mark oder Haft bis vier Wochen bedroht.

Breslauer Buchdruckerergänzungsverein. Von der Verlosung im „Lurapark“ am 20. November sind Gewinne von folgenden Nummern noch nicht abgeholt worden: 175, 185, 300, 364, 433, 447, 503, 581, 620, 662, 598, 918, 975, 1012, 1205, 1530, 1629, 1645, 1847, 2017, 2733, 2774. Die Losinhaber werden ersucht, die Gewinne gegen Vorzeigung der Lose bald abzuholen im Verbandsbüro der Buchdrucker, Kupferstraße 7, II.

Wer einen Vogelsteller so namhaft macht, daß er gerichtlich bestraft werden kann, erhält eine Belohnung von dreißig Mark.

Ein Wohltätigkeitskonzert findet Freitag, 25. November, abends 8 Uhr, im Schießwälder statt. Der Reinertrag dient zur Weihnachtsbescherung der Kinder der Erwerbslosen. Programm findet an der Kasse zu haben.

Fuhrlohnordnung für Kraftfahrzeuge. Der Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Magistrats eine mit ihrer Veröffentlichung in Kraft tretende neue Fuhrlohnordnung für Kraftfahrzeuge erlassen. Danach wird jede Kraftfahrzeuge an einer in die Augen fallenden Stelle einen Anschlag mit folgendem Inhalt tragen: „Der Fuhrlohn hat den durch den Fuhrpreisangezeigter angegebenen Fuhrlohn in zehnfacher Höhe zu zahlen. Dazu kommen als Zuschläge: a) bei Fahrten bei Nacht für jeden beförderungsfähigen Fuhrer 2 Mark; b) für Beförderung von mehr als vier Fahrgästen bei Tage und bei Nacht für jeden weiteren 5 Mark; c) für Gepäck im Gewicht von mehr als 10 kg bis 25 kg 1 Mark und für jede weiteren, wenn auch nur angefangenen 25 kg je 2 Mark mehr. — Bei Fahrten nach Notorten werden außerdem besondere Zuschläge erhoben. Ihre Höhe ist auf der Empfangsbekundigung des Droßfahrbefähigter angegeben, die der Droßfahrbefähigter aufzufordern dem Fuhrer zu übergeben hat.“ — Die Verordnung bestimmt ferner, daß ein Kind soviel wie ein Erwachsener zählt; ein Kind unter sechs Jahren in Begleitung eines Erwachsenen zählt unentgeltlich, für zwei Kinder unter sechs Jahren ist Fuhrlohn für einen, für drei oder vier Kinder der Fuhrlohn für zwei, für fünf oder sechs Kinder der Fuhrlohn für drei Erwachsene zu entrichten.

Was Eifersucht zum Revolver gegriffen. In einem Hause der Westendstraße wurden die Einwohner eines Tages durch drei Revolverkugeln in Schrecken versetzt, die auf dem Hausflur abgefeuert wurden. Es stellte sich heraus, daß sie von einem Sattler auf einen Gerüstbauer abgegeben worden waren. Der Schütze hatte den anderen im Verdacht, daß er seine Frau umwerbe; er griff zu seinem Revolver, um den Nebenbuhler zu vernichten; aber die drei abgefeuerten Kugeln gingen daneben, der Feind blieb unversehrt, ihm dagegen nahm die Polizei den Schiefprügel ab und brachte ihn selbst nach Nummer Sicher.

Gasvergiftung. Das im Selenkechen Städt, Kleine Fürststraße 13 befindliche, 71 Jahre alte Fräulein Marie Döbke, wurde am 22. abends in der 8. Stunde an Gas vergiftet in ihrem Zimmer vorgefunden. Wie ein Arzt feststellt hat, ist der Tod schon einige Tage vorher eingetreten. An dem Vorraum ist die Gasleitung undicht gewesen und das auströmende Gas durch die offene Tür in das Zimmer der Infantin D. gedrungen und hat sie betäubt. Erst viel später wurden die Mitbewohner den Gasgeruch gewahr, riefen die Feuerwehr herbei, die Hilfe der Vergifteten nicht mehr bringen konnte. Die Leiche wurde in das Scherhaus geschafft.

Gerichtliches.

Schwurgericht.

Straßenraub. Am Mittwoch stand der 20 Jahre alte Arbeiter Heinrich Christ aus Wagnitz bei Canth vor dem Breslauer Schwurgericht um die mehr als 500 Mark geraubte Handtasche

gewomen, da er es aber dort nicht gut hatte, verließ er die Arbeitsstelle. Nun geriet er bald in Not. Da kam am Abend des 21. September die Kaufmannsrau Meier aus Breslau zurück, wo sie größere Einkäufe gemacht hatte.

Auf der Landstraße sprang ihr plötzlich ein junger Bursche entgegen, verfehlte ihr einen heftigen Stoß und entriß ihr die Handtasche, in der sich 1300 Mark Geld und eine Tafel Schokolade befand. Die Breslauer Bahnhofs Polizei wurde sofort benachrichtigt und als der Räuber, es war Christ, auf dem Freiburger Bahnhof ankam, wurde er von der Polizei in Empfang genommen. Der Angeklagte befrucht 1300 Mark in der Tasche gefunden zu haben, er habe die Schokolade herausgenommen und 10 Mark, und dann habe er die Tasche weggeworfen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis. Das von den Geschworenen beantragte Gnadengesuch wird weitergegeben, da der Angeklagte Reue zeigte und er noch besserungsfähig erscheint.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute abend 7 1/2 Uhr „Carmen“ mit den Damen Danneberg, Gajewska, Keller, Lipski und den Herren Abendroth, Hauschild, Hohberg, Kuhl, Rudow, Taubert. Musikalische Leitung Dr. Fritz Müller-Brem, Spielleitung Dr. Lothar Wallerstein. Morgen abend 7 Uhr „Margarete“, Sonnabend 7 1/2 Uhr „Der Corregidor“. — Der Beginn des Vorverkaufs für die Erstaufführung der Schrederschen Oper „Der Schahgräber“, die für den 7. Dezember angelegt ist, wird rechtzeitig bekannt gegeben. Der außerordentlich starken Nachfrage wegen ist für einen der nächsten Sonntage Richard Wagner's „Parsifal“ in Aussicht genommen. Das diesjährige Weihnachtsspiel „Prinzessin Huldwind“ von Fritz Peter Buch, Musik von Dr. Fritz Müller-Brem, wird ebenfalls seine Breslauer Erstaufführung Mitte Dezember erleben.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Donnerstag und Freitag „Das Hollandweibchen“, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Dienstag und Mittwoch wird die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Wenn Liebe erwacht“, in der Premiereabendbesetzung gegeben. In der am 27. d. Mts., 11 1/2 Uhr, stattfindenden Matinee von Dichtungen Carl Zibersfelds werden mitwirken: in recitatorischen Teil Frau Dora Lotti Kretschmer und die Herren Böhm, Suchland und Boffard, im szenischen Teil Fräulein Gabriele Moeh, Herr Herbert Böhm von den Vereinigten Schauspielbühnen, sowie Herr Otto Boffard. Die darauf folgende Operette „Brüderlein fein“ gelangt durch die Damen Kretschmer und Herrn Freyemann zur Aufführung. Die Regie liegt in den Händen des Herrn Oberregisseurs Fritz Karl. Sonntag nachmittag „Der Graf von Luxemburg“.

Vereinigte Theater. Das Volkstheater bringt am Donnerstag nochmals eine Wiederholung von Bruno Franke's Drama „Das Weib auf dem Tiere“ in der Inszenierung von Wilhelm Lichtenberg. Dieses Werk wird im Abonnement nicht aufgeführt. In der Erstaufführung von Macbeth (Regie: Paul Baran) wird Karl Jütz die Titelrolle spielen. Leonine Sagan, die Nachfolgerin Maria Feins, tritt in der Rolle der Lady Macbeth den Breslauern vor.

Im Thalia-Theater am Donnerstag und Freitag die Posse: „Große Kofinen“. Die Erstaufführung der pittoresken Komödie „Gretchen“ von Davis und Lipski ist auf Sonnabend festgelegt. Hertha Nordheim spielt die Titelrolle.

Kampfsport-Streitkämpfer, Sunajale. Die Mittwochsergebnisse waren folgende: Lupa-Berlin kämpfte gegen Petrowitsch in einem harten Treffen 20 Minuten unentschieden. Der Boxkampf Hawnisch gegen Reiström endete mit dem Siege des letzteren in der 3. Runde durch Magen Schlag. Karich-Schweidnik unterlag in der Entscheidung bei Jaago durch Kopfzug nach 37 Minuten. Schidat-Königsberg und Wemura-Manchshurei wurden wegen Eintritt der Polizeistunde nicht mit einander fertig. Seit Donnerstag findet der Entscheidungsbokampfs zwischen Reiström und Petrowitsch seinen Austrag, vorgelesen sind nicht 6 sondern 15 Runden. Danach ringen Entscheidungsschidat gegen Hawnisch. Entscheidung Lupa gegen Jaago und freier Ringkampf Karich gegen Wemura. Vor den Kämpfen gelangt ein neuer Cinqster zur Ausführung.

Konzerte.

Kirchenkonzerte.

Das Totensonntagskonzert, das Hermann Gilge in der Salvatorische veranstaltete, fand gänzlich im Zeichen J. S. Bachs. Orgelstücke, Arien, Chöre, ein Flöten solo, die das Programm aufbauten, sorgten für klangliche Differenzierung. Hermann Gilge umwob die beiden Choralvorspiele („Wer nur den lieben Gott läßt walten“ und „Wenn wir in höchsten Nöten sein“) mit dem malerischen Klangzauber der von höchster Gefühlsfülle für gefüllten Orgelorgel Bachs. Angela Grings freudvoller, für Bachsche Musik allzu freundlicher Sopran war lebhaft, indifferent. Rhythmische Freiheiten entsprachen wohl weniger entfehlter Ekstasit als Unbeherrschtheit. Der Kirchenchor hatte sich mit der Vokette: „Jesus, meine Freude“ eine beschwerliche Last aufgebürdet. Er trug sie mit unbeirrbarer Würde, musikalisch sicher auch in den gewagtesten polyphonen Zergängen, dynamisch sorgfältig ausgeführt, mit unruhig zum Ausfließen, stimmlich durch zur Unzeit hervorhebende Spitzen und Kantanten stellenweise beeinträchtigt. Die Begleitung der Orgel zu dem Largo der hemoll Flötensonate, hatte den Nachteil, daß sich hier zwei physisch gleich gezeugte Tonguellen nur durch die unvergleichliche Lebendigkeit des Soloinstrumentes (Graf Tschirner) gegeneinander abheben konnten. gh.

Nachträglich sei zu dem Rufstag-Konzert im Gewerkschaftshaus bemerkt, daß die solistischen Darbietungen von Ella Dillner-Palkner sowohl dem Stil wie der Ausführung nach durchaus über dem Gesamtniveau des übrigen Programms standen. Das volle, klangreiche Organ, der dramatisch belebte Vortrag der beiden Wagnerarien rief das Auditorium spontan zu stürmlichem Beifall hin. gh.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	23. 11.	22. 11.
Für 1 amerikanische Dollar	278,47 Mk.	280,71 Mk.
• 1 englisches Pfund	1111,35	1121,31
• 1 französisches Franc	19,63	19,73
• 1 holländische Gulden	98,43	98,90
• 1 Schweizer Franken	52,52	52,95
• 100 österreichische Kronen	8,88	8,28
• holländische Krone	2,99	2,99
• dänische Krone	51,35	51,95

Bereinstalender.

Deutscher Beldensarbeiter-Verband. Schirmhütchen: Freitag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Restaurant Bürgergarten, Eingang Weidenstraße. Näheres siehe Inserat. **Zentral-Verband der Schahmacher.** Freitag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr im Casino, im Gewerkschaftshaus, 32. Zimmer

Die drohende Kriegsgefahr.

Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. November, fand in Amsterdam eine vom Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes einberufene und geleitete internationale Konferenz von Vertretern der internationalen Berufssekretariate der Transport-, Berg- und Metallarbeiter statt. Es waren anwesend:

- Vom Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes:
 L. Jouhan, Vizepräsident,
 Edo Himmen und J. Dubegest, Sekretäre.
 Dem Präsidenten J. S. Thomas (England), war es nicht möglich, an der Konferenz teilzunehmen. Auch der zweite Vizepräsident G. Herrens (Belgien) war nicht anwesend, da er Präsident der Arbeitergruppe der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf ist und deshalb nicht nach Amsterdam kommen konnte.
 Vom Generalfeder der Internationalen Transportarbeiter-Föderation:
 Robert Williams (England), Präsident,
 J. S. Döring (Deutschland),
 R. S. Berger (Frankreich).

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Edo Himmen, wählte der Konferenz auch in seiner Eigenschaft als Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation bei.
 Vom Verband des Internationalen Metallarbeiterverbandes:
 J. Brownlie (England),
 J. Dismann (Frankreich),
 J. Herrens (Belgien),
 J. A. Jansen (Dänemark), sowie der internationale Sekretär C. Nig (Schweiz).

Vom Verband der Internationalen Bergarbeiter-Föderation:
 J. Smith und W. H. Richardson (England),
 D. Hae und G. Wiggmann (Deutschland),
 F. Karmel und G. Drimain (Frankreich),
 Ben der Silt (Holland) und der internationale Sekretär Grant Hodges (England).

Die Konferenz befaßte sich mit der drohenden Kriegsgefahr. Sowohl in Bezug auf die Auffassungen über die allgemeine Weltlage als auch hinsichtlich der Bekämpfung der Reaktion und des Militarismus, sowie der gegen weitere Kriege zu treffenden Maßnahmen bestand unter allen Delegierten Einstimmigkeit.
 Die Auffassungen und Beschlüsse der Konferenz wurden in drei Resolutionen niedergelegt.
 Es wurde ein provisorisches Komitee gebildet, das bis zu dem im April 1922 in Rom stattfindenden Internationalen Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (speziell mit der Leitung der antimilitaristischen Propaganda und Aktion betraut ist). Jeder der Mitglieder des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden in dieses Komitee je ein Delegierter der entsprechenden Berufssekretariate gewählt, d. h. Robert Williams für die Transportarbeiter-Internationalen, Grant Hodges für die Bergarbeiter-Internationalen, C. Nig für die Metallarbeiter-Internationalen.

Dem Komitee wurde die Vollmacht erteilt, bis zum nächsten Kongress alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Militarismus und zur Verhinderung eines neuen Krieges zu treffen.
 Ferner wurde beschlossen, daß neben der Organisation des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Militarismus auch der gemeinsamen internationalen Kampf gegen die insofern der menschlichen Beschaffenheit immer mehr am sich greifende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter aller Länder aufgenommen werden soll. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde eingeladen, auch die Maßnahmen zur Lösung dieser Frage für den im April nächsten Jahres in Rom abzuhaltenden Internationalen Kongress vorzubereiten, so daß dieser Kongress die dringlichsten Beschlüsse fassen kann.

16. November wohnte außer den oben erwähnten Persönlichkeiten noch James O'Grady den Sitzungen bei. O'Grady ist der vom Internationalen Gewerkschaftsbund gewählte Hauptkommissar für die von der internationalen Gewerkschaftsbewegung eingeleitete Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland. Er verweilte auf seiner Reise nach Rußland einige Tage in Amsterdam und mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes die nötigen Maßnahmen zu besprechen. Abschließend der Plenarsitzung der Resolutionen:

Resolution Nr. 1.
 Die am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam tagende internationale Konferenz von Vertretern der Internationalen Gewerkschaftsbundes einberufen vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Zweck der Bekämpfung der drohenden Kriegsgefahr und zur Organisation von Maßnahmen gegenüber den Gefahren eines neuen Weltkrieges, bekräftigt die vom Vorstand Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom November 1921 und von der Internationalen Konferenz der Transportarbeiter (Antwerpen, März 1920) und dem Generalfeder der Internationalen Bergarbeiter (Genf, August 1921) und Metallarbeiter (Kopenhagen, August 1920) und Bergarbeiter (Luzern, August 1921) genehmigten Beschlüsse.

machte gegen die von der kapitalistischen Klasse drohende Gefahr, richtet die Konferenz an die Arbeiter aller Länder den dringenden Appell, neben dem gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Abwehrkampf ihre Aufmerksamkeit und alle ihre Energie vor allem der Bekämpfung des Kapitalismus selbst und dem mit ihm unlöslich verbundenen Militarismus zuzuwenden.
 Mit Berufung auf die von den Internationalen Arbeiterkongressen angenommenen diesbezüglichen Resolutionen erwartet die Konferenz von allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen, daß sie in ihrem eigenen Lande und unter den eigenen Berufsgenossen stärker und mit größerem Nachdruck als je die Propaganda und Aktion gegen den Militarismus und für die allgemeine Abrüstung führen werden.

Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zu einer Macht zusammenzuschließen, die imstande ist, im Falle drohender Kriegsgefahr, unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch sofortige Proklamierung des Internationalen Generalfeder den Ausbruch des Krieges zu verhindern.
 In Erwägung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Arbeiter dieser Industriezweige ist, die Propaganda gegen Reaktion und Militarismus unter dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht aufzuwenden um eine Wiederholung der Weltkriege in der Welt zu verhindern.

Resolution Nr. 2.
 Die am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam tagende Konferenz des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes, mit Delegierten der internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter, die im Namen von 24 Millionen organisierten Arbeitern spricht, richtet einen dringenden Appell an alle Organisationen, die bereit sind, Krieg und Militarismus tatsächlich zu bekämpfen, sie fordert sie auf zur Verhütung eines neuen Weltkrieges all ihre Kräfte mit denjenigen der organisierten Arbeiter zu vereinen.
 Die Konferenz wendet sich besonders an die Millionen von Frauen und Müttern, deren Männer und Söhne in einem neuen Krieg ihr Leben lassen müßten. Sie fordert sie auf, sich zu organisieren und Schlichter am Schlichter mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern den Militarismus zu bekämpfen und einen neuen Krieg unmöglich zu machen.

Resolution Nr. 3.
 Die am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam tagende Konferenz des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit Delegierten der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter, hält es angeht, der täglich zunehmenden Kriegsgefahr und in Erwartung der bestmöglichen Bekämpfung zur Bekämpfung und Verhinderung von neuen Kriegen des am April 1922 in Rom abzuhaltenden Internationalen Kongresses für notwendig, daß eine Organisation gebildet wird, welche im Falle eines drohenden Krieges für die Arbeiter aller Länder, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, im Einverständnis mit den in Betracht kommenden Organisationen des Generalfeder proklamieren und durchführen kann.
 Sie bekräftigt die Schaffung eines provisorischen Internationalen Komitees, bestehend aus dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter der drei Internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter. Dieses Komitee soll bis zum nächsten Internationalen Kongress alle für die Bekämpfung der drohenden Kriegsgefahr notwendigen Maßnahmen treffen.

Achtung, Tischler!
 Die Balkenwerk in Hamburg legt ihre Vorstellungen von Heranziehung von Holzern in ganz Deutschland fest. Es werden nach gegenseitigen Rücksichten in ganz Deutschland wohl zur Zeit 1000 Tischler für die Balkenwerk gesucht, die dort während langer Zeit beschäftigt werden. Der monatliche Lohn für Arbeiter über 20 Jahre beträgt 150 bis 180 Mark, weitere Beschäftigungsmöglichkeit ist durch ein sehr gutes günstiges Unterkommen gegeben. Die Balkenwerk hat deshalb jetzt in einer Bewegung, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.
 Der Balkenwerk sucht für Solinge, ist angeordnet, daß die der Ausgabe für Junggeheuer nach der Welt sehr wichtig.
 Wir möchten andere Kollegen im Lande warnen, mit Arbeitsangeboten und Gehältern nicht vorsichtig zu sein.
Deutscher Holzarbeiterverband, Fernsprechanstalt Hamburg.

Bekämpfung. Wir brachten am 5. November eine Notiz des Holzarbeiterverbandes, darin die Schritte von Gerdner Huber und Beschlüsse als gefordert bezeichnet, und darauf aufmerksam wurde, daß sie in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“

den Lesungen entspricht. Sie schreibt, daß sie:

- a) in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ keine Arbeiter gesucht habe, was auch nicht nötig war, da
- b) ihre Arbeiter größtenteils nicht mehr im Streik stehen, sondern seit 24. Oktober die Arbeit aufgenommen haben,
- c) keine Hungerlöhne, sondern die jeweiligen Tariflöhne gezahlt habe.

Als einzig zureichend kommt bei dieser Berichtigung in Frage, daß nicht Huber, sondern nur Versäße Arbeiter per Inserat suchte, dann ist es aus mit der D... Was weiter berichtet wird, ist gleich als unwahr zu bezeichnen. Von von 20 Beschäftigten hatten am 11. November wenig mehr denn 20 die Arbeit wieder aufgenommen. Ob Hungerlöhne oder nicht, darüber zu entscheiden, ist die Firma Huber sicher nicht kompetent, da kaum anzunehmen ist, daß ihre Inhaber sich selbst mit solchen Löhnen bescheiden, wie auf der anderen Seite nicht Unmöglichkeit ist, daß die Löhne der Zementarbeiter im Larij des Bauarbeiterverbandes 2-3 Mark pro Stunde höher sind und es schon mit den Tariflöhnen dem Arbeiter schwer genug ist, seine einfachen Bedürfnisse zu befriedigen.

Befanlich ist ja jeder Unternehmer fest davon überzeugt, daß er seine Arbeiter anständig bezahlt, selbst dann, wenn er über den Begriff der Tarifstreue die sonderbarsten Vorstellungen hat. Warum sollte die Firma Huber anders darüber denken?
 Um über Hungerlöhne reden zu können, muß man sich darauf angewiesen sein, mit ihnen sich durchzusetzen. Vielleicht versuchen dies die Inhaber der Firma Huber einmal.

Aus der Provinz Schlesien.

Gautag der schlesischen Händler.

Der Verband deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender, Sitz Magdeburg, hielt am Sonntag keinen II. Gautag für Schlesien in Breslau im Gewerkschaftshaus ab.
 Der Gauvorsitzende Moser bekräftigte die Delegierten und bedauerte, daß kein Vertreter des Gewerkschaftsrates erschienen war.
 Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende. Der Gau hat im verflohenen Jahre eine reiche Tätigkeit entfaltet; neugegründete wurden die Ortsgruppen Kusaia und Striegau. Den Bemühungen der Gauleitung ist es gelungen, einige Erweiterungen für die Kollegen beim Umsatzsteueramt und Landesfinanzamt herauszuholen. Abdam wurde Stellung genommen gegen den wilden Handel und den unerlaubten Sonntagshandel.

Nach Erstattung des Rollenberichts wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der ganz energisch gegen die von der Zentrale geführte Geschäftsordnung protestiert, die diese dem Gau und den Ortsvereinigungen gegenüber übt. Die Delegierten hoffen unbedingt, daß die Zentrale ihre Mitglieder besser unterrichtet, indem sie die Protokolle pünktlich in der Verbandspresse veröffentlicht, sowie den neugegründeten Ortsgruppen sofort das nötige Material überläßt.
 Der 1. Gauleiter Moser wurde einstimmig wiedergewählt. Schließlich wurde Stellung genommen zu der Verschmelzung der beiden Händlerverbände und beschlossen, nichts unversucht zu lassen, die Einheitsfront zustande zu bringen; unter allen Umständen muß aber an der freigewerkschaftlichen Grundlage festgehalten werden.
 Unter den verschickten eingegangenen Anträgen sei der von Görlitz erhaltene, der die Bekämpfung der ausländischen Juden im Hausierhandel und Marktwehen verlangt. Ein weiterer Antrag fordert die Bekämpfung des Bargeldauspielens über die gesetzliche Norm hinaus auf Märkten und Festen. Weiter wurde gefordert, die Kreissteuer für verkaufende Händler bei Festen gänzlich zu unterbinden.
 Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, der verlangt, in den Gewerbetreibenden die Photographie des Antragstellers einzuflecken.
 Der nächste Gautag soll in Waldenburg abgehalten werden. Eine längere Aussprache über Mißstände auf Märkten und über unbedeutendes Handeln beschloß die umfangreiche Tagung.

Streik. Ueber die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben sprach vergangenes Sonntag in öffentlicher Versammlung Genosse Fianke. Er erwähnte die Arbeiterlichkeit sich politisch zu organisieren und an der Herbeiführung menschenwürdiger Zustände mitzuarbeiten. Sein Vortrag erregte so lebhaften Beifall, daß sich zum Schluß mehrere Versammlungsteilnehmer als Mitglieder in die Partei aufnehmen ließen.

Familiennachrichten

Deutscher Verkehrsclub, Abt. Straßen- u. Eisenbahnen.
 Am 22. November verschied an den Folgen einer Operation einer Mitglied, der Straßenbahnenarbeiter **Karl Heidenreich** im blühenden Alter von 30 Jahren. 3554
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren. Die Mitglieder der Verkehrsclubs des Bezirks.
 Beerdigung: Freitag, den 25. November, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Großböhmer Friedhofes.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Betreuung Breslau, Margaretenstraße 17.
Freitag, den 25. November
 abends 7 Uhr
 in einem Saal des Gewerkschaftshaus
 Margaretenstraße Nr. 17
Allgemeine Schuhmacher-Versammlung

Tagesordnung:
 Bericht von den Lohnverhandlungen mit der Jung und Ausgabe der Zeitschrift
Der Vorstand
 L. E. Dr. Reiner

Deutscher Werkmeister-Verband Düsseldorf.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr,
 findet in der **Revan-Säle, Grenzstraße, eine**

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Welche Aufgaben stellen uns bevor?
 Kein Werkmeister, kein Holzarbeiter darf in dieser Versammlung fehlen!
 Alle Holzarbeiter, einmündig, welcher Organisation angehörig, sind willkommen!
Die Geschäftsstelle Breslau.

Deutscher Schweißarbeiter-Verband.

Wichtig! Schweißarbeiter! Wichtig!
Freitag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr.
Versammlung
 Restaurant „Bürgergarten“
 Eingang: Bedesstraße.
Bericht über die Lohnverhandlungen.
 Gehörten aller Schweißarbeiter notwendig.
Die Lohnkommission.

Der Weg zum eigenen Heim
 von ERNST REINER, Gewerkschaftssekretär
 100 S., 2. Aufl., 1921. Der Weg zum eigenen Heim ist die Forderung der Arbeiterbewegung.

Schlaf- i Zimmer, Küchen etc.
 erfinden preiswert
 per Post mit Katalog
KERNKY & Co.
 Breslau, 21.

Werkstättenräume
 mit Liebetnahme der Einrichtung von
Serrenkleiderfabrik
 gesucht. - Offerten unter W. S. 3 an
 Anzeigen-Expedition: Tischler, Breslau 1.

Zu kaufen gel.
Altmetalle
 sucht zu höchsten Preisen
 Messing, Zinn, Eisen, Kupfer, Nickel, Chrom, Stahl, etc.
 3225

Die Volksschule als Einheitschule
 von Dr. Max Apel. - 1,25 RM. - 20% Zuschlag
 Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
 sowie von sämtlichen Kolportageur entgegengenommen.

Altes Rohrblei
 zur Selbstverrechnung
 zu kaufen gesucht, an
 Adolph Seiler, Breslau
 Neue Kapellenstraße 5.

Arbeitsmarkt
4-6 gute Tischler
 auf Zeichnung für nur 1a Möbel,
 bei höchstem Lohn
 sofort gesucht.
Steinadler & Niesner
 Polsterstraße 48.

Altes Metall
 sucht zu höchsten Preisen
 Messing, Zinn, Eisen, Kupfer, Nickel, Chrom, Stahl, etc.
 3225

Lebender Fleidermann
 sucht zu höchsten Preisen
 Messing, Zinn, Eisen, Kupfer, Nickel, Chrom, Stahl, etc.
 3225

Um die Fahne der Republik
 von Dr. H. DAVID
 Eine neue Schrift aus
 Geschichte u. Gegenwart
 über die Republik und ihre Fahne.
 100 S., 2. Aufl., 1921.

Lichtiger Maschinen-Arbeiter
 der die Maschine des D. V. S. G. perfekt beherrscht, per
 sofort als Beamter gesucht. Dauernde Stellung.
M. Perl, Schuhfabrik
 Weinbergsweg 18/20.